

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftföhrer:
Erich Kästner, Berlin.
Verleger: Kurt Schöner 4124/4125



Verleger für Verlag und Schriftföhrung:
Berlin O 2 61, Zehnstrasse 7/8
Druckerei: Geyers

Die Herstellung erfolgt im Colling.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruck ist ohne Erlaubnis nicht gestattet.

Berlin, den 22. Januar 1933

Sozialdemokratie und Regierungskoalition.

Vor dem Zusammentritt des Reichstages.

SPD. Am Donnerstag nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Es wird eine arbeitsreiche und politisch wichtige Tagungsperiode werden, vielleicht die wichtigste und entscheidungsvollste, die der jetzige Reichstag haben wird. Es sind nicht nur grosse Schwierigkeiten zu überwinden, die ihre Ursache in der Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben, und durch die bei allen öffentlichen Körperschaften bedeutende Finanzschwierigkeiten hervorgerufen worden sind, sondern es wird auch Klarheit über Weg und Ziel der politischen Führung Deutschlands geschaffen werden müssen.

Die erste Aufgabe des Reichstages ist die Erledigung der Younggesetze. Nach dem Verlauf der zweiten Haager Konferenz dürfte kaum noch ein Zweifel bestehen, dass die Mehrheit des deutschen Volkes die Annahme dieser Gesetze wünscht, durch die eine wenn auch schwere, so doch immerhin in ihrem Ausmass überschaubare Belastung Deutschlands mit Reparationsverpflichtungen geschaffen wird. In dieser Begrenzung der deutschen Zahlungsverpflichtungen und in ihrer Ermässigung liegen die Vorteile, von denen man nicht nur eine Erleichterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, sondern die zu gleicher Zeit auch Anlass gegen den Pessimismus zu überwinden, der überaus ungünstige Wirkungen im Wirtschaftsleben hervorgerufen hat. Daher sollte man sich nirgends darüber täuschen, dass wenn die Annahme der Younggesetze nicht nur eine neue Periode der Aussenpolitik, sondern auch eine neue Periode der Wirtschaftspolitik einleiten soll, man die Hemmungen beseitigen muss, die der Zufuhr ausländischen Kapitals nach Deutschland gegenwärtig noch im Wege stehen. Niemand, der diese Forderung erhebt, will damit einer leichtfertigen Wirtschafts- oder Finanzpolitik das Wort reden. Niemand denkt daran, es dem ausländischen Gläubiger, der sein Geld nach Deutschland gibt, zu verübeln, wenn er sich zuvor Sicherheiten über seine Verwendung verschafft hat. In der Zeit des Kapitalismus ist das selbstverständlich. Aber eben so selbstverständlich ist, dass nach der Zerstörung grosser Teile des deutschen Kapitals während des Krieges und der Inflation, nach der gewaltigen Steigerung des deutschen Kapitalbedarfs durch die Rationalisierung und nach dem Anwachsen des Teils des deutschen Volkes, der erwerbstätig ist, ohne ausländisches Kapital die Ausweisung der deutschen Produktion nicht möglich ist. Bei produktiver Verwendung wird deshalb die deutsche Wirtschaft durch die Hereinnahme von Auslandskapital nicht schwächer, sondern kräftiger und nur auf diesen Weg in den Stand gesetzt, der ungeheuren Krise auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich entgegenzuwirken.

Damit hängt die zweite Aufgabe untrennbar zusammen. Je schwächer die Wirtschaftskrise ist, umso schwerer ist die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Stagnation im Wirtschaftsleben frisst die öffentlichen Finanzen von zwei Seiten her an. Sie vermindert die Steuereinnahmen und sie erhöht die Ausgaben. Ordnung der öffentlichen Finanzen kann deshalb am leichtesten erfolgen, wenn

ihr voraufgeht, mindestens aber wenn gleichzeitig mit ihr die Besserung des Wirtschaftslebens erfolgt, wenn infolgedessen die Einnahmen der Steuern wieder steigen, die sozialen Notstände aber geringere Anforderungen an die öffentlichen Kassen stellen. Aber auch diese Aufgabe kann bei dem jetzigen Zustand der öffentlichen Finanzen in Deutschland nicht ganz ohne die Hilfe des Auslandes geleistet werden. Die Gewährung der 400-Millionen-Anleihe an Reichsbahn und Reichspost ist ja auch ein Beweis dafür, dass die massgebenden Stellen der Reichspolitik in dieser Kreditbeschaffung vom Auslande an und für sich etwas bedenkliches nicht sehen. Warum aber soll man bei Reichsbahn und Reichspost halt machen, wenn bei unzähligen anderen öffentlichen oder privaten Unternehmungen die gleichen günstigen Voraussetzungen für eine produktive Verwendung der Auslandsgelder vorliegen?

Die Ordnung der öffentlichen Finanzen aber ist eine wichtige und eine sehr dringende Aufgabe. Es ist absolut falsch, wenn Kritiker die Beschlüsse der Vorstände der Spitzenkörperschaften der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften bemängeln, dass darin nichts über die Sanierung der Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden gesagt worden ist. Die Sozialdemokratie hat sich immer zu einer verantwortlichen Finanzpolitik bekannt, und sie sieht auch in diesem Augenblick keine wichtigere Aufgabe, als die öffentlichen Körperschaften von der unwürdigen Abhängigkeit privater Kapitalisten und der Reichsbank zu befreien, in die das Reich durch seine Kassenschwierigkeiten gelangt ist. Nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei jenen Illusionisten, die immer noch Steuersenkungspläne in Milliardenausmass propagieren, liegen die Gefahren für eine gesunde Finanzpolitik. Aber lange werden diese Illusionisten ja ihr Handwerk nicht fortsetzen können. Wenn der Nachtragsetat für 1929 und der Hauptetat für 1930 von dem neuen Finanzminister Dr. Moldenhau vorgelegt werden, so wird man sehen, dass für Steuersenkungen kein Spielraum besteht, ja dass Steuererhöhungen notwendig sind. Wir gehen dabei von der Annahme aus, dass Herr Dr. Moldenhauer die Lage so schildern wird wie sie ist, und dass er nicht etwa unter dem Einfluss kapitalistischer Kreise, die sich auf die Steuersenkungen verbissen haben, zur Schönfärberei neigen wird.

Mit der Ordnung der Finanzen hängt die dritte Aufgabe, Sicherung der sozialen Verpflichtungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden untrennbar zusammen. Wenn insbesondere die Arbeitslosenversicherung auch in diesem Jahre überaus hohe Reichszuschüsse erfordert, so ist das nicht wie im Vorjahre auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse zurückzuführen, sondern auf eine falsche Wirtschafts- und Geldpolitik, die, unter dem Einfluss des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht stehend, zu einer wesentlichen Vermehrung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Weder durch Abbau der Leistungen, noch durch die Übertragung der Lasten auf andere Sozialversicherungsträger wird sich das Reich entlasten können. Es muss vielmehr durch eine richtige Wirtschaftspolitik dafür Sorge tragen, dass das Heer arbeitswilliger Menschen zu Lohn und Brot kommt und nicht mehr von der öffentlichen Hand zu unterstützen ist.

Innerhalb der Regierungskoalition bestehen nicht nur über diese drei wichtigen Hauptaufgaben, sondern auch über eine Unmenge damit im Zusammenhang stehender Probleme Meinungsverschiedenheiten, die teilweise ausserordentlich tiefgehend sind. Harte Kämpfe stehen deshalb bevor. Die Sozialdemokratie ist für sie gerüstet. Sie will eine Politik, die unter Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems die Republik schützt und ausbaut und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert. Sie verlangt deshalb von den bürgerlichen Regierungsparteien, dass sie mit ihr zusammen den ernststen Willen zeigen, der Not des Volkes und der Not des Reiches Herr zu werden.

SPD. Stuttgart, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Das württembergische Staatsministerium hat geglaubt, die Tatsache der Erweiterung der Regierungskoalition dem Württembergischen Landtag durch den Zutritt zweier Parteien lediglich durch ein kurzes Schreiben seiner Kanzlei mitteilen und sich um eine politische Begründung des Vorgangs drücken zu können. Das ist von der sozialdemokratischen Fraktion durch folgende Anfrage im Landtag durchkreuzt worden :

I. Welche Folgen ergeben sich aus der Regierungserweiterung für die grundsätzlichen Richtlinien der Regierungspolitik, insbesondere für die Stellung der Regierung zu der Aussenpolitik der Reichsregierung, zu den Fragen der Reichsreform, der Wirtschaftspolitik, der württembergischen Verwaltungsreform und der Schulpolitik, vor allem in Bezug auf die Durchführung des achten Schuljahres und der Lehrerbildungsreform? Welche Zusicherungen sind den beiden zur Regierungserweiterung hinzugetretenen Parteien in diesen Fragen bei der Regierungserweiterung gegeben worden ?

II. Auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage beruht die neue Einrichtung des ehrenamtlichen Beirats des Staatsministeriums? Wie verträgt sich die Einrichtung des ehrenamtlichen Beirats mit der Bestimmung des § 26 der Landesverfassung, dass die Staatsleitung durch den Landtag dem Staatsministerium übertragen wird, in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes über das Staatsministerium und die Ministerien, wonach das Staatsministerium aus den Ministern besteht und die Zahl seiner Mitglieder auf fünf beschränkt ist? Welche Befugnisse sind dem ehrenamtlichen Beirat eingeräumt? Wodurch unterscheidet sich seine Mitarbeit in den Sitzungen des Staatsministeriums von der der Ministerialreferenten, die zu den Sitzungen zur Auskunftserteilung zugezogen werden? Welche Auswirkungen wird die Einrichtung des ehrenamtlichen Beirats auf die nach § 36 der Verfassung dem Minister auferlegte Pflicht haben, die Geschäfte seines Ministeriums unter eigener Verantwortlichkeit, soweit nicht das Staatsministerium zuständig ist, zu führen? Aus welchem Etatstitel werden die Entschädigungen des ehrenamtlichen Beirats bestritten und wie hoch sind sie?

SPD. Bagdad, im Januar (Eig. Bericht)

Die konzentrische von vier durch englische Piloten geführte Flugzeuge unterstützte Offensive gegen die Aufständischen im Nedsch hat mit dem Zusammenbruch der Gegner Ibn Sauds geendet. Ihren Führer, Faisal al Dowisch, ist es nur mit Mühe gelungen, sich der Einkreisung zu entziehen und nach Koweit zu flüchten. Über seine Anhänger wurde von den Truppen des siegreichen Sultans ein furchtbare Strafergericht mit allen Schrecken orientalischer Grausamkeit verhängt. Massenerschiessungen und Massenhinrichtungen sind an der Tagesordnung, während die Niederlassungen der Rebellen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, belohnt Ibn Saud seine Getreuen mit den Herden, den Frauen und Sklaven seiner Gegner. Gleichzeitig trifft Ibn Saud Vorkehrungen, um den Widerstand der freiheitslustigen Wüstenbeduinen durch die Besiedlung des Nedsch mit einer sesshaften Bevölkerung zu brechen und sie in einer Art Siedlungsrayon einzuschliessen, der durch eine Reihe von Ortschaften mit militärischer Besatzung abgeriegelt werden soll. Mit der Niederwerfung des Aufstandes im Nedsch ist keineswegs eine Klärung der Situation in Arabien verbunden, da die Gefahr besteht, dass Ibn Saud im Hochgefühl seines Sieges neue Konflikte provozieren wird. Er zeigt bereits jetzt die Absicht, am Sultan von Koweit Revanche für seine zweifelhafte Haltung während des Aufstandes zu nehmen. Die Avantgarde der Armee Ibn Sauds hat bereit eine Razzia auf das Gebiet von Koweit gemacht und den Untertanen des Emir 2000 Stück Vieh weggeschleppt. Zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle hat der Emir von Koweit seine Streitkräfte in Verteidigungsbereitschaft gesetzt. Es verlautet, dass der englische Resident von Koweit bei der hiesigen englischen Militärverwaltung zur Vermeidung von kriegerischen Zwischenfällen an der Grenze von Koweit und Nedsch um die Entsendung von Fliegern und Panzerautos ersucht hat.

SPD. Itzehoe, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Oberstaatsanwalt hat gegen 25 Landvolkführer Anklage wegen Aufreizung zum Steuerstreik und Amtsanmassung erhoben. Die Amtsanmassung sieht der Oberstaatsanwalt in einer Kundgebung der "Nothilfe", in der dem Oberpräsidenten verboten wurde, ohne Zustimmung der Nothilfe Anordnungen zu erlassen und in der verrückten Feststellung, dass alle ohne Zustimmung der Nothilfe erlassenen behördlichen Anordnungen ungültig seien.

SPD. Zürich, 22. Januar (Eig. Bericht)

Das Gewerkschaftskartell Zürich hat neuerdings seine Statuten geändert, um den ewigen kommunistischen Quertreibereien endlich ein Ende zu machen.

Das neue Statut besagt im Artikel 1, dass das Gewerkschaftskartell von den Sektionen der dem schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände gebildet wird und verhindert damit, dass sich kommunistische Sondergewerkschaften in das Kartell einschleichen. Neu ist ferner die Bestimmung, dass Mitglieder und Sektionen weder auf ein Parteiprogramm verpflichtet werden, noch ihnen obligatorische Beiträge für Parteizwecke auferlegt werden dürfen. Als Publikationsorgane waren in dem bisherigen Statut das sozialdemokratische "Volksrecht" und der kommunistische "Kämpfer" genannt. In dem neuen Statut ist der "Kämpfer" als Publikationsorgan ausgemerzt worden.

SPD. Kiel, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Nationalsozialisten Schleswig-Holsteins haben gegen die Staatsratswahlen des schleswig-holsteinischen Landtags Einspruch erhoben. Der Einspruch stützt sich darauf, dass der Termin für die Einreichung der Wahllisten für die Staatsratswahlen am 19. Dezember Mittag 12 Uhr ablief. Die kommunistischen Vorschlagslisten seien jedoch erst nach 3 Uhr eingereicht worden und trotzdem zur Abstimmung gestellt worden. Darin liege ein offener Verstoss gegen die Wahlvorschriften. Die Nationalsozialisten haben deshalb Neuwahlen beantragt. Der Antrag dürfte jedoch zurückgewiesen werden.

SPD. Das Magdeburger Konsistorium hat gegen den sozialdemokratischen Pfarrer Kötzsche in Präsen, Kreis Liebenwerda ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet. Nicht weil Kötzsche Sozialdemokrat ist. So plump fing man die Sache nicht an. Man wirft dem sozialdemokratischen Pfarrer vielmehr vor, dass er seine amtlichen und seelsorgerischen Pflichten vernachlässigt und einen grossen Teil seiner Arbeitskraft anderen als seinen pfarramtlichen Pflichten widmet. Klatsch und Tratsch bilden die Grundlagen dieser Vorwürfe gegen Kötzsche, der in erster Linie natürlich ein Opfer seiner Gesinnung werden soll.

In der Gemeinde des sozialdemokratischen Pfarrers hat das Disziplinarverfahren einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Arbeitergemeinde Präsen steht zu dem Sozialdemokraten Kötzsche, sie ist mit ihm durchaus zufrieden, und begrüsst vor allem seine offene Stellungnahme für den Achtsturentag im Mitteldeutschen Stahlwerk. Erst dieser Tage wurde Kötzsche von einer von 300 Personen besuchten kirchlichen Jahresversammlung der Gemeinde Präsen das Vertrauen ausgesprochen; gleichzeitig wurde die Niederschlagung des Disziplinarverfahrens gefordert.

Wird das Magdeburger Konsistorium trotzdem gegen Kötzsche entscheiden? Es mag sich von vornherein darüber im klaren sein, dass ein Entschluss gegen den sozialdemokratischen Pfarrer in Präsen sich gegen die Kirche auswirken

muss und zu neuen Kirchnaustritten führen wird. Abgesehen davon sollte die preussische Regierung angesichts der Verhandlungen mit der Kirche ernsthaft überlegen, ob es nicht an der Zeit ist die Gelegenheit beim Schopfe zu nehmen und für die zukünftige bestimmte Sicherungen gegen den reaktionären Kurs der evangelischen Kirche zu fordern. Das ist notwendig solange Stahlhelmpfarrer nicht nur geduldet sondern in jeder Beziehung bevorzugt werden, während man sozialdemokratische Pfarrer nach Strich und Faden schikaniert.

SPD. Köln, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Kölner Kriminalpolizei gelang es am Mittwoch drei Einbrecher festzunehmen, die in den letzten Wochen in Köln und Umgebung verschiedene Waren im Werte von etwa 60 000 Mark erbeutet hatten. Die Bande fuhr mit einem Auto vor Geschäfte, warf die Schaufenster ein und raubte was ihr in die Hände fiel. Der Haupttäter ist ein 24 jähriger Kraftfahrer, der aus einer achtbaren Familie stammt; seine beiden Komplizen sind vielfach vorbestrafte Einbrecher.

SPD. Was ist heute die Deutsche Demokratische Partei? Das Parteiprogramm und die Parteideologie der Demokraten geben darauf eine Antwort, die sehr hohe Ansprüche erhebt. Die Demokratische Partei ist nach dieser offiziellen Antwort die Vertreterin des freiheitlichen und fortschrittlichen Geistes im Bürgertum, der Schild der wahren Demokratie in Deutschland. Sie nennt sich mit Stolz eine Partei der Köpfe. Sie erhebt Anspruch darauf, dass die Geistigkeit des neuen Deutschlands sich in ihr zusammendrängt. Zum Unterschied von den reinen Interessentenparteien will sie eine staatspolitische Partei sein, als Demokratische Partei zudem Vertreterin der sozialen Gerechtigkeit.

Ein hoher Anspruch! Aber das ist eben nur die offizielle Lesart!

Was ist die Demokratische Partei heute in der Praxis? Sie wird immer kleiner. Von Wahl zu Wahl hegt sie die Hoffnung, dass sie den Tiefstand überwinden werde, dass ein neuer Aufstieg ihr beschieden sei. Allein, die Stärke, die sie in der Nationalversammlung hatte, ist selbst für überzeugte Demokraten heute fast eine nie wieder erreichbare Utopie geworden. Diese zahlenmässige Entwicklung braucht an sich nicht gegen die Deutsche Demokratische Partei zu sprechen, nicht gegen die politische und ethische Fundierung ihres Programms. Der stetige Abstieg der Demokraten ist das Symbol für die Tatsache, wie sehr das deutsche Bürgertum sich vom Geistig-Politischen abgewandt hat und in der unverbrämten Vertretung der wirtschaftlichen Interessen enger Gruppen volle Befriedigung seiner politischen Bedürfnisse findet. Die Umgruppierung im deutschen Bürgertum von der demokratischen Ideologie zur unverhüllten Interessentenwirtschaft ist die Ursache, die Schwächung der Demokraten einerseits, das Wachstum der Wirtschaftspartei andererseits ist die Folge.

Die Organisationen der Demokratischen Partei im Lande wollen selbstverständlich nicht an politischer Vergreisung sterben. Sie wollen manövrieren um den Prozess des Aussterbens zu wenden. Aber wie manövrieren, wenn die Geistigkeit, die demokratische Ideologie, wenn die Partei der Köpfe nicht mehr anziehend auf Bürgertum und Kleinbürgertum wirkt? Es bleibt als einziger Rettungsanker der Wettlauf mit der Wirtschaftspartei und die Folge davon ist, dass die Demokratische Partei von der geistig politischen Höhe, auf die sie Anspruch erhebt, immer mehr auf das Niveau der Wirtschaftspartei herabgleitet.

Die Reichsleitung der Demokratischen Partei klammert sich an das offizielle Wesen - aber die Organisationen im Lande gehen ihr durch. Es fing an mit der Ministerschaft Paulsen in Thüringen, jenem unwürdigen Schauspiel, das Jahre hindurch anhielt. Damals trösteten sich die Demokraten, dass es sich nur um eine Einzelerscheinung handele. Jetzt aber scheint kein Halten mehr

zu sein, jetzt geht es Schlag auf Schlag.

In Württemberg ist die Demokratische Partei gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung Bolz-Bazille eingetreten. Wo sind die Zeiten, da die württembergischen Demokraten gegen das "Jammergebilde" dieser reaktionären partikularistischen Regierung ankämpften! Das württembergische Zentrum hat systematisch den Bürgerblockkurs fortgesetzt und die Folge ist nun die Kapitulation der Demokraten. Vergessen ist, dass eben erst noch Herr Bazille als unerträglich für das Land und für den kulturellen Fortschritt bezeichnet wurde, vergessen ist, dass er dem Hugenbergschen Volksbegehren mit dem Zuchthausparagrafen seine Unterschrift gegeben hat, vergessen ist, dass er einer der Vertreter des borniertesten Länderpartikularismus ist. Die Demokraten in Württemberg haben es plötzlich aufgegeben, den Kampf gegen die Rechtsregierung bis zur nächsten Wahl fortzusetzen. Der Grund ist klar: sie haben gefürchtet, dass auch in Württemberg eine Wirtschaftspartei ihnen die kleinbürgerlichen und kleingewerblichen Elemente fortreißen würde. Für ihre Schwenkung zu Bazille haben sie den Lohn dahin. Der Senior der Demokraten, Friedrich v. Payer, ist aus der württembergischen Demokratischen Partei ausgetreten.

Es ist ein echter Bürgerblock, der sich in Württemberg zusammengeschlossen hat, wenn auch die württembergischen Demokraten mit erhobenen Händen versichern, sie dächten nicht daran, eine Kluft gegenüber der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie zu ziehen. Diese feierliche Versicherung ist nur zu werten als ein Ausdruck des bösen Gewissens und eines letzten Restes von politischer Scham. In Sachsen hingegen hat man diese letzten Reste bereits überwunden. In allen sächsischen Gemeinden haben sich die Demokraten in die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien zusammen mit den Nationalsozialisten eingegliedert, zu dem offen eingestandenen Zweck, die Sozialdemokratie von den Gemeindeverwaltungen auszuschliessen. Aus Furcht vor der Konkurrenz der Wirtschaftspartei nehmen die sächsischen Demokraten teil an einer Politik der Vergewaltigung und Provokation der Arbeiterschaft. Sie schrecken nicht davor zurück, sich mit offenen Feinden der Republik und der demokratischen Verfassung zu verbünden.

Und wie in Sachsen, so ist es in vielen Fällen in Ostpreussen und in anderen Teilen des Reiches. Es ist eine einheitliche Erscheinung. Man wird uns gestatten, dass wir über der wahrhaft demokratischen Haltung eines Teils der demokratischen Reichstagsfraktion und einiger grosser demokratischen Zeitungen in Deutschland nicht übersehen, wie das wahre Gesicht der Deutschen Demokratischen Partei im Lande aussieht. Der Berliner Kommunalfreisinn ist noch in aller Erinnerung, als eine vergreiste, stockreaktionäre Erscheinung. Die Organisationen der Deutschen Demokratischen Partei im Lande sind auf dem besten Wege, sich in die reaktionäre Front einzufügen.

Der Unterschied zwischen den stolzen Worten der offiziellen Demokratie und den wirklichen politischen Taten der demokratischen Organisationen im Lande ist heute schon riesengross. Reichreform dezentralisierter Einheitsstaat - das ist die offizielle Parteideologie. Die Praxis aber heisst: Bündnis mit dem stockreaktionären Partikularisten Bazille. Feierliches Bekenntnis zur Republik, Demokratie als Gesinnung - aber Bündnis mit den Hakenkreuzlern gegen die Arbeiterschaft. Soziale Demokratie - aber reaktionäre Bürgerblockpolitik gegen die Arbeiterschaft und gegen die Sozialdemokratie!

Es mehren sich die Anzeichen, dass der Bürgerblockgeist im deutschen Bürgertum wieder im Anwachsen ist. Will die Deutsche Demokratische Partei dem Ruhme nach streben, als erste die Fahne der neuen geschlossenen Klassenfront gegen die Arbeiterschaft, die Fahne des neuen Bürgerblocks voranzutragen?

SPD. Athen, 22. Januar (Eig. Drhtb)

Die griechische Regierung bereitet ein umfangreiches Werk vor, das über 1000 Seiten zählt und in dem u.a. die Namen aller Offiziere und Soldaten, die während der griechischen Unabhängigkeitskriege vor 100 Jahren, während der Balkan-Kriege, des Weltkrieges und im griechisch-türkischen Krieg in Kleinasien gefallen sind. Insgesamt haben in diesen Kriegen nicht weniger als 77 000 Griechen ihr Leben eingebüsst.

SPD. Die Kommunistische Partei bestreitet nach wie vor, dass sie eifrig dabei ist, sich auf illegale Tätigkeit einzustellen und ihr ein Verbot sogar willkommen wäre. Sie bestreitet das, obwohl nichts leichter als das Gegenteil bewiesen werden kann.

Im Jahre 1929 hat die Kommunistische Partei z.B. in Rundschreiben an ihre Unterorganisationen darauf hingewiesen, dass es darauf ankomme, die Partei auch für die Zeiten illegaler Betätigung vorzubereiten. In einem derartigen Rundschreiben heisst es, die Kommunistische Partei müsse ihre Mitglieder immer wieder prüfen, um zu verhindern, dass Parteischädlinge eindringen. Die Verlegung des Schwergewichts der Partei aus den Wohnbezirken in die Betriebe solle die innere Sicherheit der Partei erhöhen. Denn die Angehörigen der Zellen würden sich kennen und täglich zusammen kommen. Das proletarische Element stände dann im Mittelpunkt der Organisation. Die Betriebszelle sei in illegalen Perioden unzerstörbar, weil sie von vornherein konstativ arbeiten müsse.

Zwecks Vorbereitung der illegalen Arbeit hat die Kommunistische Partei schon im Jahre 1929 Richtlinien aufgestellt und ihre Unterorganisationen angewiesen, die Funktionäerauswahl folgendermassen vorzunehmen: Funktionen sollen nur den Mitgliedern gegeben werden, die sich als Parteigenossen bei der Kleinarbeit bewährt haben. Leitende politische Funktionen sollen abhängig vom Parteiamt und einwandfreier Funktionär-Vergangenheit sein. Illegale verantwortliche Funktionen dürfen nur ausgeübt werden von Mitgliedern, die mindestens fünf Jahre in der Partei sind, die den Nachweis zur Ausübung der Funktion erbringen, über illegale Schulung verfügen und politische Erfahrung besitzen. Auf die konstativische Schulung soll besonderer Wert gelegt werden. Sie bestehe darin, dass die Partei lernt im Geheimen zu arbeiten, ohne sich dem Gegner gegenüber eine Blöße zu geben, dabei aber engste Fühlung mit den Massen zu behalten und aktiv bewaffnete Aufstände vorzubereiten. Militärische Schulung sei notwendig. Die Vorbereitung für die Illegalität und die illegale Arbeit müsse schon in den legalen Perioden geleistet werden. Dazu gehöre die Instruktion der Funktionäre über ihr persönliches Verhalten, über die Vorbereitung illegaler Quartiere, Büros, Verbindungen usw. Während der Legalität müsse die gesamte Partei mit der Notwendigkeit der illegalen Arbeit vertraut gemacht werden, damit bei Verrichtung illegaler Arbeiten eine Reihe bestimmter Verhaltensmassregeln beobachtet werden können.

Auch auf dem Reichs-Parteitag der K.P.D. im Juli 1929 war die Vorbereitung auf die Illegalität im engeren Führerkreis Gegenstand der Erörterungen. Damals wurde betont, dass es wichtig sei, Sicherheitsmassnahmen einzuleiten und auszubauen, die die vollständige Weiterführung der Parteiarbeit im Falle des Verbotes garantierten. Jeder Kommunist habe die Pflicht sich einer Organisation anzuschliessen, die heute noch unter reformistischer Führung stehe, damit im Falle des Verbotes der Partei, in diesen Organisationen weitergearbeitet werden könne. Die in den unter reformistischer Führung stehenden Organisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Sportorganisationen, Freidenker usw.) befindlichen Kommunisten müssten organisatorisch zusammengefasst werden, damit für den Fall der Illegalität die Verbindung innerhalb einer solchen Organisation nicht abreisse. Auch die mit der Kommunistischen Partei sympathisierenden Organisationen müssten beachtet werden. Wichtig sei die Organisierung der be-

treffenden Mitglieder in diesen Organisationen für den Fall der Illegalität, damit von dort aus die Parteiarbeit fortgesetzt werden könne.

Das Hauptgewicht wird für den Fall des Verbots der Kommunistischen Partei nach den uns vorliegenden Rundschreiben der KPD - auf die Arbeit in den Betriebs- und Strassenzellen gelegt. In den Strassenzellen sind die Mitglieder der Kommunistischen Partei zusammengefasst, die in keinem Betrieb arbeiten. Immer wieder wird in den Rundschreiben betont, dass die Zellenorganisation die Grundlage der KPD werden müsse, und vor allem für den Fall des Verbots die Grundlage für alle kommunistisch revolutionäre Arbeit sei. Täglich müssten Betriebszellen vorbereitet und ausgebaut werden, die eines Tages anstelle der Partei-Bezirksversammlungen zu treten hätten. Schon heute müssten Betriebs- und Strassenzellen sich darauf einstellen, in regelmässigen Abständen in einem bestimmten Lokal zusammenzukommen, damit jede Verbotsmassnahme von vornherein zum Scheitern gebracht würde.

Diese Auszüge aus Rundschreiben der KPD können wir auf Wunsch beliebig vermehren. Ein Zeichen, dass man sich trotz aller Zellenarbeit der KPD über die Ziele und Absichten der Kommunistischen Partei nach wie vor genau informieren kann und viele Zellenbauer es mit den vertraulichen Rundschreiben ihrer Befehlshaber in Berlin nicht so genau nehmen. Andererseits aber zeigen die Rundschreiben durchweg, dass die kommunistische Partei nicht nur mit einem Verbot rechnet, sondern selbst in der Illegalität ihre Zukunft sieht. Deshalb die Sehnsucht nach einem Verbot der eigenen Partei und deshalb wiederum der Ton der kommunistischen Presse und die verbrecherische Taktik der KPD., deshalb auch die Versuche ahnungslose Arbeiter mit der Polizei in Konflikt zu bringen.

SPD. München, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Betäubungszwangsgesetz für Schlachttiere, das die bayerische Regierung auf Grund eines Gerichtsbeschlusses dem Landtag vorgelegt hat und durch das in Bayern das betäubungslose Schlachten verboten werden soll, wurde am Mittwoch im Verfassungsausschuss behandelt. Die Beratung zog sich sehr in die Länge und wurde schliesslich abgebrochen, sodass die Abstimmung erst in der Donnerstagsitzung erfolgen wird. Aus den Erklärungen der einzelnen Fraktionsführer ist zu schliessen, dass sämtliche Parteien mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei dem Gesetz ihre Zustimmung geben werden, seine Annahme im Verfassungsausschuss also gesichert ist. Die Bayerische Volkspartei lehnt den Entwurf ab, weil sie aus religiösen Gründen Bedenken hat, dem rituell lebenden Judentum einen gewissen Zwang aufzuerlegen.

Dem Ausschuss lagen nicht weniger als 135 Eingaben zu dem Gesetzentwurf vor, darunter 123 von jüdischen Kultusgemeinden, die alle um Ablehnung des Entwurfes ersuchten.

SPD. New York, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Berea (Ohio) wurde ein mit 23 Schulkindern zwischen acht und zehn Jahren auf dem Wege zur Schule befindlicher Autobus von einem Expresszug erfasst und vollkommen zerschmettert. Der Autobusführer und acht Schulkin-
der wurden getötet. Vier Kinder wurden hoffnungslos verletzt. Der Zusammenprall war so heftig, dass die Leichname in alle Richtungen geschleudert wurden.

SPD. Aus deutschnationalen Kreisen verlautet, dass der Mitbegründer der deutschnationalen Partei und frühere Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der Reichstagsabg. Hergt es abgelehnt hat über seinen Wahlkreis hinaus agitatorisch für die deutschnationale Partei tätig zu sein. Ursache ist der Hugenberg-Kurs.

SPD. Paris, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Litwinow-Prozess erklärte der Angeklagte Joffe am Mittwoch, dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation Turof insgesamt 600 000 Mark für die sieben Wechsel gezahlt zu haben, von denen 300 000 Mark von Liborius stammen (dem dritten Angeklagten im Prozess), 200 000 Mark von einem Zeugen im Prozess und 100 000 Mark von Alschitz, der flüchtig ist. Im Laufe des Verhörs macht der Vorsitzende Joffe darauf aufmerksam, dass er sich wiederholt in Widersprüche mit den seinerzeitigen Aussagen von Alschitz und mit seinen eigenen früheren Bekundungen verwickelt.

Das Verhör gestaltet sich ausserordentlich schleppend und langwierig, da alle Aussagen Joffe's erst durch den Dolmetscher ins Französische übersetzt werden müssen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers am Mittwoch-Vormittag und Nachmittag mit dem Gesamtergebnis der Haager Konferenz. Es nahm zunächst die Berichte des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Curtius, des Reichsministers für die besetzten Gebiete, Dr. Wirth, und des Reichsministers der Finanzen, Dr. Moldenhauer, entgegen.

An die Berichte schloss sich eine Aussprache, in deren Verlauf der Reichskanzler im Namen des Kabinetts der deutschen Delegation für ihre Tätigkeit seinen Dank aussprach und auch den beteiligten Beamten für ihre Mitarbeit Worte der Anerkennung widmete.

Abschliessend konnte der Reichskanzler die völlige Übereinstimmung der Reichsregierung mit der Verhandlungsführung der Delegation und die einmütige Billigung der im Haag erzielten Ergebnisse feststellen.

Die entsprechenden Gesetzesvorlagen werden auf Grund des Kabinettsbeschlusses so rechtzeitig dem Reichsrat zugeleitet werden, dass seine Beratungen Anfang nächster Woche beginnen können.

SPD. Paris, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Der kürzlich ernannte neue Chef der Marseiller Kriminalpolizei versucht jetzt mit allen Mitteln der berüchtigten Marseiller Unterwelt zu Leibe zu rücken, deren letzte Verbrechen-Serien wieder einmal die Aufmerksamkeit ganz Frankreichs auf das Treiben in diesem übel beleumundeten aller Welthäfen gelenkt hat. So wurden allein in der ersten Hälfte des Januar durch ungezählte Polizeistreifen und Razzien nicht weniger als 15 000 Personen angehalten und provisorisch festgenommen, von denen 114 in Haft behalten wurden. Trotzdem dauert die Aktivität der Marseiller Unterwelt mit unverminderter Heftigkeit an, ein Beweis dafür, dass die Polizei immer noch nicht die richtige Fährte gefunden hat. So wurden im Laufe der letzten Woche wieder nicht weniger als fünf Einbrüche verübt, deren Beute in viele hunderttausend Franken geht.

SPD. Der Gesamtverband, d.h. die berufene wirtschaftliche Interessenvertretung der im öffentlichen Dienst tätigen Arbeitnehmer hat am Mittwoch zur Lage der öffentlichen Wirtschaft Stellung genommen. Seine Willensäußerung ist in Form einer Kundgebung zur Aufrüttelung der Öffentlichkeit zusammengefasst worden. Die Kundgebung stellt einen Alarmruf der im Gesamtverband organisierten 700 000 Arbeitnehmer dar, die rund 80 % aller Arbeiter der Städte und Gemeinden umfassen. Sie lautet im wesentlichen :

Die Zahl der Arbeitslosen hat trotz des milden Winters den Stand des Vorjahres bereits überschritten. Die Lage der deutschen Gesamtwirtschaft hat einen bedrohlichen Charakter angenommen. Diese Entwicklung ist wesentlich mitverschuldet durch die schwere Krise, in die die öffentliche Wirtschaft systematisch hineinmanövriert worden ist, und die zu einer Einschränkung der öffentlichen Arbeiten gezwungen hat. In dem letzten Jahre haben allein die kommunalen Körperschaften an die Privatwirtschaft Aufträge in Höhe von etwa 5 Milliarden Mark vergeben. Dazu kommen die Aufträge von Reichs- und Landesbehörden an die Privatwirtschaft, die etwa 3,5 Milliarden Mark betragen haben dürften. Eine Veränderung in diesen Ausgaben muss die schwersten Folgen für alle von diesen Aufträgen zum Teil lebenden Industriezweige haben. Die Einschränkung der Auftragsvergebung der Gemeinden muss den Arbeitsmarkt noch stärker belasten als bisher. Das Interesse der Gesamtwirtschaft an einer Entlastung des Arbeitsmarktes erfordert vielmehr eine Verstärkung der öffentlichen Aufträge, unter Umständen mit Hilfe des Vorgriffs auf die Mittel des nächsten Haushaltsjahres. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten auf diesem Wege wieder in den Produktionsprozess eingereicht werden.

Es ist ein Verbrechen wider die gesamtwirtschaftliche Rationalität, wenn in diesem Augenblick das deutsche Finanzkapital zu einem grossen Schlag gegen die öffentliche Wirtschaft ausholt, die gerade jetzt dazu berufen wäre, ein weiteres Absinken der Konjunktur zu verhindern. Die Privatindustrie hat die Parole der Entkommunalisierung ausgegeben und fordert von den öffentlichen Betrieben die Hergabe der Substanz. Ausländische Geldgeber knüpfen an die Hergabe von Kapital immer häufiger die Bedingung der Beteiligung an öffentlichen Unternehmungen. Die Gefahr eines Ausverkaufs der deutschen öffentlichen Wirtschaft an private in- und ausländische Kapitalgruppen ist in unmittelbare Nähe gerückt. Das Hauptangriffsobjekt in dieser Kampagne bilden die werbenden Betriebe der Kommunen mit ihren günstigen Entwicklungsaussichten und ihren hohen Gewinnchancen. (Die kommunalen Werke bestreiten heute mit ihren Überschüssen fast $1/5$ des gesamten kommunalen Zuschussbedarfs).

Seit Jahren ist die öffentliche Wirtschaft durch die unter dem Einfluss des Reichsbankpräsidenten Schacht stehende "Beratungsstelle für Auslandsanleihen" an der Aufnahme von ausländischen Anleihen behindert worden. Die Gemeinden mussten sich entschliessen, den kommunalen Kapitalbedarf zu drosseln und alle in der nächsten Zeit verfügbar werdenden Anleihemittel zur Konsolidierung der schwebenden Schuld zu verwenden. Der Wirtschaft als Ganzes drohen heute von dieser Einschränkung der öffentlichen Arbeiten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, der Energie- und Verkehrswirtschaft die allergrössten Gefahren.

Die Investitionskonjunktur erhält heute ihren wichtigsten Antrieb von der Wirtschaft der öffentlichen Hand. Erhaltung und Ausbau der öffentlichen Wirtschaft bedeutet produktive Erwerbslosenfürsorge. Das gesamtwirtschaftliche Interesse erfordert deshalb in erster Linie eine bessere Kapitalausrüstung der öffentlichen Werke, eine grössere finanzielle Bewegungsfreiheit der Kommunen.

Wichtigstes Erfordernis ist die Erleichterung der Finanzlage der Kommunen durch die Freigabe des Anleihemarktes, und entsprechende Änderung der Befugnisse der Beratungsstelle. Durch die Entschliessung des Deutschen Städte-tages, weitgehende Selbstkontrolle der Gemeinden durchzuführen, haben die Kommunen bewiesen, dass sie den Willen haben, sich selbst Beschränkungen aufzuerlegen. Es besteht heute in allen Kreisen Übereinstimmung darüber, dass alle nicht vordringlichen Aufgaben unbedingt zurückzustellen sind.

Über die Freigabe des ausländischen Kapitalmarktes hinaus muss eine wirkliche Sanierung der Kommunal-Finzen ermöglicht werden durch eine den kommunalen Bedürfnissen entsprechende Neugestaltung des Finanzausgleichs im Rahmen der kommunalen Reichsfinanzreform. Zu erwägen sind weiterhin gemeinsame Schritte der öffentlichen Körperschaften, um den in den letzten Wochen sich mehrenden Kreditkündigungen durch die privaten Banken entgegenzutreten. Diese Kündigungen sind bei der gegenwärtigen Geldmarktlage durch nichts berechtigt und deuten darauf hin, dass die Gemeinden systematisch noch mehr unter Druck gesetzt werden sollen, Anteile ihrer verbenden Unternehmungen an das Privatkapital zu veräußern. Die öffentlichen Körperschaften müssen sich sofort darüber verständigen, ob gegen die privaten Bankgruppen entsprechende Massnahmen zu unternehmen sind. Darüber hinaus muss die öffentliche Wirtschaft, um gegen den weiteren Ansturm der privaten Interessenten gerüstet zu sein, ihrerseits Massnahmen treffen, um noch eine engere Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verflechtung der öffentlichen Betriebe untereinander herbeizuführen. Die Position der öffentlichen Wirtschaft wird nur behauptet werden können, wenn der konzentrische Angriff des Finanzkapitals auf einen starken Gegner stösst.

Die Durchführung dieser Massnahmen zum Schutze der öffentlichen Wirtschaft ist aus volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen unaufschiebbar. Durch sie kann der wachsende Notstand, wie er in der Zahl der arbeitslosen Arbeiter und Angestellten zum Ausdruck kommt, sofort erheblich gemildert werden. Denn :

Stärkung der öffentlichen Wirtschaft bedeutet für die Privatwirtschaft vermehrte Auftragserteilung, für die Arbeitnehmer Beschaffung von Arbeit.

SPD. Bonn, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Bonner Oberbürgermeister hatte vor einiger Zeit im Amtsblatt der Stadt eine Verfügung erlassen, in der es heisst, die Stadtverwaltung lehne es grundsätzlich ab, gegen Revolverblätter vom Schlage des nationalsozialistischen "Westdeutschen Beobachters", der von Verbrechern am Deutschen Volke geschrieben und von denkenden Menschen nicht ernst genommen werde, vorzugehen. Wegen dieser Ausdrücke hatten der Herausgeber und die Schriftleitung des "Westdeutschen Beobachters" Klage gegen den Bonner Oberbürgermeister Dr. Falk erhoben. Dieser wurde nach mehrtägiger Verhandlung vom Schöffengericht Bonn freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heisst es, dass der Schriftleiter der Zeitung sich zwar beleidigt fühlen konnte, obwohl es richtig sei, dass der "Westdeutsche Beobachter" die tendenz eines Revolverblattes verfolge, das Skandalöse hervorhebe und Sensationsmeldungen übelster Art bringe. Der Bürgermeister habe aber in der Verfügung seine eigenen, seiner Verwaltung und seiner Beamten berechtigten Interessen wahrgenommen. Er habe sich in seiner Verfügung den Beamten verständlich machen wollen und dazu auch kräftige Ausdrücke gebraucht. Er habe also in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und sei demnach freizusprechen.

Das Urteil ist auch in der Öffentlichkeit allgemein begrüsst worden.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Platzverteilung im Plenarsaal, die durch die Verschiebung der Parteigruppen auf der Rechten geändert werden muss. Es wurde eine Einigung darüber herbeigeführt, dass die neue Fraktion, die durch den Zusammenschluss der aus der deutschnationalen Fraktion ausgetretenen Abgeordneten mit der Christlichnationalen Bauernpartei zur Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft entstanden ist, ihre

Plätze zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei erhält. Dagegen wurde noch keine Einigung erzielt über den Wunsch der Deutschen Volkspartei, die Nationalsozialisten auf der äussersten Rechten unterzubringen, wodurch die Deutschnationalen einen Teil ihrer bisherigen Sitze räumen müssten

SPD. München, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Dinkelscherbener Eisenbahnprozess kamen am Mittwoch die Zeugen und Sachverständigen zu Gehör. Der Sachverständige Professor Halter äusserte sich über die Zugzusammenstellung und die Beschaffenheit und Festigkeit des Wagenmaterials. Als ungewöhnlich bezeichnete er, dass zwei leichte, kurzgekuppelte Wagen den ersten schwerern Wagen folgten. Eine Verminderung des Unglücks hätte sich sicher dann ergeben, wenn lauter gleich schwere Wagen im Zuge vorhanden gewesen wären. Die Verwendung von kurzgekuppelten Wagen für den mit einer Höchstgeschwindigkeit von 75 Kilometer fahrenden Zug ist nach Ansicht des Sachverständigen nicht ohne Einfluss auf das Ausmass des Unglücks gewesen.

Der Heizer und der Lokomotivführer des verunglückten Zuges, beide damals schwer verletzt, sagten über ihre Eindrücke beim Herannahen an die Station Dinkelscherben aus. Sie fuhren in einem Tempo von 75 Kilometer aus der Station Gabelbach heran. Erst nach der Überquerung der falsch gestellten Weiche bemerkten sie den voranstehenden Güterzug. Der Lokomotivführer zog sofort die Notbremse. Das Tempo verringerte sich auf ungefähr 30 Kilometer, als der Aufprall erfolgte.

Von dem Dinkelscherbener Bürgermeister wird der Angeklagte Hübler als ein der wissenhaftesten Beamten in Dinkelscherben bezeichnet. Der Zeuge hatte ihm geraten, sich doch Urlaub geben zu lassen, weil er wegen der schweren Erkrankung seiner Frau an dem fraglichen Tage direkt kopflos war. Auch das widerrechtliche Feilen und Herummurksen an der Apparatur wurde am Mittwoch von einigen Zeugen bestätigt.

SPD. London, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Delegierten zur Flottenkonferenz verbrachten den Mittwoch in inoffiziellen, jedoch, wie von unterrichteter Seite verlautet, nicht weniger wichtigen Besprechungen. Eine grosse Reihe von Missverständnissen, die sich dank einer gewissen Nervosität der Delegierten in den letzten 24 Stunden einzustellen schienen, soll aus dem Wege geräumt worden sein.

Die Besprechungen zwischen MacDonalld und den Amerikanern haben eine weitere Klärung hinsichtlich des Schlachtschiffbaues gebracht und gezeigt, dass sich in dieser Frage der englische und der amerikanische Standpunkt enger berühren als man bisher angenommen hatte. Ferner ist ein drohendes englisch-amerikanisches Missverständnis über das Verhältnis des geplanten "Urlaubs" im Schlachtschiffbau und zur Frage der Kreuzerparität aufgeklärt worden. In Amerika hatte man auf Grund der in der vorigen Woche abgegebenen Erklärung Ramsay MacDonallds fälschlich angenommen, dass die englische Regierung in der Kreuzerfrage gegenüber dem Problem der zeitweiligen Einstellung des Schlachtschiffbaues an zweiter Stelle zu verweilen wünsche. MacDonalld hat in den Mittwoch-Besprechungen Mitteilungen gemacht, durch die die diesbezüglichen amerikanischen Bedenken beschwichtigt worden sind. Auch in der englisch-französischen Besprechung scheinen gewisse Fortschritte erzielt worden zu sein. Die Unterredung zwischen dem englischen und dem französischen Unterhändler bezogen sich im wesentlichen auf das französische Verlangen nach einer, in gewissen engen Grenzen gehaltenen Freizügigkeit der einzelnen Länder, Tonnageverschiebungen zwischen den Schiffskategorien der Kreuzer und der Zerstörer nach eigenem Gutdünken vorzunehmen.

Der wichtigste Punkt, über den am Mittwoch eine allgemeine Übereinstimmung erzielt wurde, bezieht sich auf die Dauer des Flottenabkommens, das man von der gegenwärtigen Konferenz erwartet. Man hat sich dahin geeinigt, dass als Ziel ein kurzfristiges Abkommen zu betrachten sei, das nach verhältnismässig kurzer Zeit wieder revidiert werden kann. In englischen Kreisen ist man der Auffassung, dass diese grundsätzliche Entscheidung das Zustandekommen eines Konferenzergebnisses viel leichter machen wird, als die Schaffung eines dauernden Schlüssels für den Kreuzerbau oder ähnliche prozentuale Festsetzungen.

SPD. Der christlich-soziale Reichsbauernrat beschloss am Mittwoch - wie uns aus Wien gemeldet wird - sich an den vom Landbund organisierten Bauernwehren nicht zu beteiligen.

SPD. London, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Macdonald erklärte am Mittwoch im Unterhaus, dass die Regierung beschlossen habe, ohne weitere Verzögerung einen zur Unterstützung der Regierung bestimmten wirtschaftlichen Beirat ins Leben zu rufen. Die Regierung hoffe zwei führende Wirtschaftspolitiker zu gewinnen, die diesem Beirat ihre volle Arbeitskraft widmen.

Die Aufgabe dieses wirtschaftlichen Beirates wird nach einer Erklärung Macdonalds im Wahlkampf eine Art wirtschaftlicher generalstäblerischer Betätigung sein. Die äussere Organisationsform dieser neuen Körperschaft werde sich an diejenige des Reichsverteidigungskomitees anschliessen.

SPD. Die Berliner Polizei beschlagnahmte in der Nacht zum Mittwoch bei Teilnehmern an der nationalsozialistischen Versammlung im Friedrichshain nicht weniger als 50 gefährliche Instrumente.

Bei einem Zusammenstoss zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde ein 21 jähriger Nationalsozialist angeschossen. Die Täter entkamen im Dunkel der Nacht.

SPD. Angora, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurde hier ein provisorischer deutsch-türkischer Handelsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag soll bis zum Abschluss eines endgültigen Vertrages laufen. Er sieht die gegenseitige Meistbegünstigung unter Fortfall der bisherigen gegenseitigen Tarifnachlässe vor.

SPD. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags beschloss am Mittwoch auf Antrag des Reichsinnenministers, die Immunität des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Bürgermeisters von Berlin-Schöneberg Berndt aufzuheben. Gegen Berndt soll auf Antrag der preussischen Regierung ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, weil er sich anlässlich des Volksbegehrens geweigert hat, den Erlass des preussischen Innenministers an die ihm unterstellten Beamten weiterzuleiten.

Der Berichterstatter des Ausschusses, der volksparteiliche Abg. von Kardorff betonte, dass die Frage sehr heikel sei. Er kam jedoch im Interesse

des Beamtenrechts ebenfalls zu dem Vorschlag, die Immunität aufzuheben. Berndt selbst trat gleichfalls für die Aufhebung der Immunität ein, damit das für die gesamte Beamtenschaft wichtige Verfahren durchgeführt werden könne.

SPD. London, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

In Samoa ist die Lage nach den neusten hier eingetroffenen Mitteilungen weiter sehr gespannt. Augenblicklich ist das ganze Interesse des Landes auf die gerichtliche Obduktion der Leichen der während der Dezember-Unruhen getöteten acht Eingeborenen und des europäischen Polizisten gerichtet. Es wird allgemein angenommen, dass von Seiten des nationalistischen Verbandes Mau, der von den Behörden als hochverräterische Vereinigung verboten worden ist, weitere Aktionen geplant sind. Die Behörden haben sämtliche strategischen Punkte der Insel mit bewaffneten Garden besetzt und weitgehende Massnahmen getroffen, um weitere Unruhen zu unterdrücken.

SPD. Madrid, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Studenten der Universitäten Marcia, Salamanca und Madrid sind in den Streik getreten, weil die Regierung angeblich beabsichtigt, die Studentenvereinigungen aufzulösen. Die Regierung hat einzelne Universitäten mit Polizei belegt lassen. Auf einem medizinischen Institut der Universität Madrid wurde am Mittwoch auf kurze Zeit eine rote Fahne gehisst. U.a. wurde auch eine Büste des Königs von den Studenten verbrannt.

SPD. London, 22. Januar (Eig. Drahtb.)

Aussenminister Henderson wurde im Unterhaus von konservativer Seite gefragt, ob er sich darüber vergewissert habe, dass die Propaganda-Klausel des englisch-russischen Abkommens von Russland in gleichem Geiste interpretiert würde wie von England. Henderson entgegnete, dass es zu früh sei, eine endgültige Antwort zu geben. Die Regierung hoffe, dass die betreffenden Fragen auf befriedigende Weise geklärt würden. Er habe jedoch Gelegenheit nehmen müssen, dem Sowjetbotschafter gegenüber darauf aufmerksam zu machen, dass eine Botschaft der dritten Internationale an die englische Kommunisten-Zeitung "Daily Worker" geeignet sei, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu trüben. Im gegenwärtigen Augenblick sei jedoch nicht beabsichtigt weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

SPD. Der Strafgesetzausschuss des Reichstags befasste sich am Mittwoch mit den Wucherparagrafen des neuen Strafgesetzentwurfes. Danach soll Geldwucher mit Gefängnisstrafe und wenn er gewerbsmässig begangen wird, mit Zuchthaus, ferner gewerbsmässiger Sachwucher ebenfalls mit Zuchthaus bestraft werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz) hob hervor, dass der Wucher eine der fluchwürdigsten Straftaten sei, dass sich gegen Bewucherungen das allgemeine Rechtsempfinden aufbäume, besonders in einer Zeit wie der jetzigen, in welcher infolge des Krieges und seiner Folgen die Gefahr einer wucherischen Ausbeutung besonders gross sei. Zweifellos sei es die Pflicht des Gesetzgebers der Bewucherung scham entgegenzutreten. Man solle nicht von Strafparagrafen zuviel erwarten. Schon im Jahre 1893 habe der Abg. Frohme für die sozialdemokratische Fraktion ausgeführt, dass unser ganzes Wirtschaftssystem auf der Ausbeu...

tung des Menschen durch den Menschen beruhe und dass daher, wenn man die Ausbeutung der Notlage gründlich strafen würde, von der ganzen bestehenden Wirtschaftsordnung herzlich wenig übrigbleiben würde. Man gehe aber auch heute, trotzdem der Wucher sozusagen auf der Strasse liege, nur in wenigen Fällen dem Wucher strafrechtlich zu Leibe. 1926 seien in ganz Deutschland wegen Wucherdelikts nur 29 Personen verurteilt worden. Nicht ein einziger zu Zuchthaus! Nicht ein einziger zu Gefängnis über ein Jahr. Wie könne man da eine wirksame Bekämpfung des Wuchers von Strafparagrafen noch erwarten. Wenn die Sozialdemokratische Fraktion den Vorschlägen des Entwurfs zustimme, so geschehe dies lediglich, um wenigstens die Möglichkeit zu strafrechtlichem Vorgehen zu schaffen.

Die Abstimmung ergab die Annahme der Wucherparagrafen 340/42 im wesentlichen nach den Vorschlägen des Entwurfs. § 343, der den Betrug mit Gefängnisstrafe bedroht, und § 344, der bei gewerbsmässigem Betrug Zuchthausstrafe androht, wurde ebenfalls nach dem Regierungsentwurf angenommen. § 345 behandelt den Notbetrug und sieht eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten oder eine Geldstrafe gegen denjenigen vor, der aus Not betrügt und nur geringe Nachteile zufügt.

Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde die Höchststrafe von 3 Monaten Gefängnis auf 6 Wochen Gefängnis ermässigt.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung lag nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter am 15. Januar dicht an 2,050 Millionen. Damit ist ungefähr der Stand des Vorjahres erreicht. -

+ + +
In Österreich wurden nach den amtlichen Zählungen am 15. Januar 254 637 Arbeitslose unterstützt, d.h. 28 100 mehr als Ende Dezember. Etwa 38 000 angemeldete Arbeitslose sind ohne Unterstützung. Von rund 1 200 000 Arbeitern sind also fast 300 000 ohne Arbeit. Jeder vierte Arbeiter ist in Österreich arbeitslos.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Mittwoch einen Bericht des Reichsaussenministers Dr. Curtius und Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer über die Verhandlungen der Haager Schlusskonferenz entgegen, der von der Fraktion beifällig aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Fraktion beschäftigte sich dann eingehend mit dem Zündholzmonopolgesetz und der Kreuger-Anleihe, deren erste Lesung am Donnerstag im Reichstag stattfinden soll.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 22. Jan. (Eig. Bericht)

Der Preussische Landtag erledigte am Mittwoch zunächst eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen und Eingabenberichte. - Hierauf wurde die zweite Lesung des Etats der Gestütsverwaltung zu Ende geführt. Die Abstimmungen über die Einzel-titel des Haushalts und über die dazu gestellten Anträge finden am Donnerstag, den 23. Januar nachmittags 3 Uhr statt. Es folgt die zweite Lesung des Haushalts der Forstverwaltung für 1930.

Abg. Grötzn er (Soz.) :

Es ist ein alter Grundsatz, dass bei Lohnstreitigkeiten freie Vereinbarungen zwischen den Beteiligten den Schiedsverfahren vorzuziehen sind. Leider hat diese allgemeine Regel die Staatsforstverwaltung, die gerade Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen sollte, als Arbeitgeber nicht für sich gelten lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im Hauptausschuss hat es sogar der Abg. Gieseler von der Rechten fertig gebracht, für die Unrentabilität der Staatsforsten die angeblich zu hohen Löhne der Forstarbeiter verantwortlich zu machen. Und dieser Mann ist staatlicher Oberförster. (Hört! Hört! bei den Soz.) Solche Ausführungen beweisen die absolute Unkenntnis der elenden Lage der Forstarbeiter, namentlich in den Gebirgsgegenden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Trotzdem Akkordlohnsätze nach einer Verfügung des Landwirtschaftsministers durch Vereinbarung mit den Forstarbeitern festgesetzt werden sollen, werden diesen meistens die Stücklöhne diktatorisch aufgezwungen und vielfach sogar herabgesetzt. Bei Weigerung der Arbeiter folgen Schikanen und sogar Entlassungen. Organisationsfeindliche Beamte haben nachweislich organisierte Arbeiter, die die Durchführung gefällter Schiedssprüche forderten, als Hetzer und Aufwiegler bezeichnet und sie schliesslich wegen angeblichen Arbeitsmangels abgebaut. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Wir fordern in dieser Hinsicht ein energisches Eingreifen des Ministers. Wir fordern darüber hinaus die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Meliorationen und Wegebau. Endlich muss auch die vom Ausschuss beschlossene Altersversorgung der Forstarbeiter kommen. (Sehr wahr!) Der Minister möge auch einmal untersuchen, woher der Oberförster Wegener in Gross-Purden (Ostpreussen) das Recht nimmt, die ihm unterstellten Forstarbeiter aufzufordern, sich für das Volksbegehren einzuzichnen, und zwar mit der Drohung, er würde sich als letzter einzeichnen, um festzustellen, wer seiner Aufforderung nicht nachgekommen ist. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Die Forstarbeiter gehören ebenso zum Wald wie die Forstbeamten. Ohne sie ist der Waldbestand nicht zu halten. Es sind bescheidene, willige Menschen, die unter erschwerenden Umständen zu arbeiten haben und die wie alle anderen ein Recht auf menschenwürdige Entlohnung und Behandlung haben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf von Garnier (Dtn.) wendet sich gegen die geforderte Lohnerhöhung für die Forstarbeiter, da eine Erhöhung des Stundenlohnes auch nur um 3 Pfennig die Rentabilität der Privatforsten gefährden würde. Seine Fraktion könne daher einer solchen Forderung nicht zustimmen. Würde man der Forderung nachkommen, so werde das ostdeutsche Wirtschaftsleben katastrophal zusammenbrechen. Bei Abschluss des deutsch-polnischen Handelsvertrages dürften nicht reale deutsche Werte preisgegeben werden. Ein solcher Vertrag würde ein Präzedenzfall sein für Russland, das gewaltige Anstrengungen mache, grosse Holzmengen nach Deutschland einzuführen.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

stellt fest, dass sich in der Forstverwaltung das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben ungünstig gestaltet hat. Die Einnahmen seien um 6 Prozent schlechter als 1913. Die Waldschäden seien besonders gross gewesen und die Arbeitslöhne gestiegen. Der Reichsarbeitsminister habe einen Schiedsspruch gefällt, gegen den auch der Finanzminister keinen Einspruch erhoben hat. Die staatlichen Sägewerke in Ostpreussen befänden sich in einer so schwierigen Lage, dass davon abgesehen werde

muss, neue Sägewerke zu errichten. Er hoffe, dass durch das in Eberswalde erprobte besondere Verfahren der Waldkulturarbeiten auch ein gerechter Ausgleich in der Lohnpolitik zwischen Arbeit und Verdienst gefunden werde.

Bei den verschiedenen Möglichkeiten der Holzverwertung erwähnt der Minister auch das neue Verfahren der Zuckergewinnung aus Holz. Es zeige noch gewisse Mängel und sei noch nicht so vervollkommen, um es im grossen auszuwerten, Dasselbe sei zu sagen von dem Verfahren, aus Sägespänen Branntwein zu gewinnen. Die in deutschen Wäldern noch vorhandenen Urtiere wie Elch und Wiesel müssten unter allen Umständen erhalten bleiben. Aber der Bestand der Forsten dürfe nicht durch Wildschaden gefährdet werden, weshalb unter Umständen auch die Abschussziffer erhöht werden müsse.

Abg. Schmelzer (Zt.) erklärt den geringeren Ertrag der Forstverwaltung mit der Kapitalarmut und der aus dieser zu folgernden Einengung der Bautätigkeit. Dem Ueberhandnehmen des Wildes könne nicht das Wort geredet werden, weil sonst die Wildschäden zu gross werden. Der Redner wendet sich weiter gegen das Ueberhandnehmen der Einfuhr von Holz aus fremden Ländern.

Abg. Kahmann (Komm.) ist der Auffassung, dass die Rentabilität der Forsten auf Kosten der Werktätigen gehoben werden soll. Dieses System könne erst eine Arbeiter- und Bauernregierung nach dem Sowjetsystem ändern.

Abg. Helmers (DVP) meint, dass nur ein Etat für 5 Jahre die Möglichkeit der Anpassung an die schwankende Konjunktur gäbe. Unter allen Umständen müsse man zu einer Rationalisierung und Zusammenlegung der staatlichen Forstverwaltungen kommen. Die Erhöhung der Holzzölle sei gegenüber der zunehmenden Einfuhr aus dem Osten ebenso notwendig wie eine Verbilligung der Frachttarife für Grubenhölzer aus Ostpreussen.

Abg. Barteld (Dem.) fordert bei Besetzung der höheren Beamtenstellen in der Forstverwaltung nur Berücksichtigung für Männer, die dem neuen Staate freundlich gegenüberstehen. Der Entschluss der Reichsbahn sei zu begrüessen, den Schwellenbedarf im Inland zu decken. Die schlechte Lage der Privatforstbeamten sei auf eine übertriebene Lehrlingszüchtereier in diesem Beruf zurückzuführen. Die Forstarbeiter solle man im Interesse des Waldes selbst besser entlohnen und behandeln.

Hierauf wird die Weiterberatung des Forststats auf Donnerstag, den 23. Januar mittags 12 Uhr vertagt. Ausserdem stehen auf der Tagesordnung das Abkommen über Beteiligung des Reiches an der Preussenkasse, Bericht des Unterrichtsausschusses über die neue pädagogische Akademie, kleinere Eingemeindungsvorlagen.

Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 22. Januar (Eig. Bericht)

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch die zweite Lesung des Etats der Gestütsverwaltung zu Ende geführt. Die Abstimmung über den Haushalt soll am Donnerstag den 23. Januar stattfinden.

In der darauffolgenden zweiten Lesung des Etats der Forstverwaltung vertrat als erster Redner der sozialdemokratische Abg. Grötzner die Interessen der Forstarbeiter. Leider hat die Staatsforstverwaltung, die als Behörde Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen sollte, nicht den Grundsatz für sich gelten lassen, dass bei Lohnstreitigkeiten freie Vereinbarungen den Schiedsverfahren vorzuziehen sind. Dafür ist allerdings weniger der Landwirtschaftsminister verantwortlich zu machen, dessen ausdrückliche Verfügung, dass Akkordlohnsätze durch Vereinbarung mit den Forstarbeitern festgesetzt werden sollen, von vielen Forstbeamten nicht befolgt werden. Der sozialdemokratische Redner brachte eine ganze Anzahl begründeter Beschwerden vor, aus denen hervorging, dass Forstbeamte den Waldarbeitern nicht nur diktatorisch Stücklohnsätze aufgezwungen, sondern diese

sogar noch herabgesetzt haben. Organisationsfeindliche Beamte haben nicht nur versucht, Forstarbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, sondern Organisierte, die auf Durchführung gefällter Schiedssprüche bestanden, nach dem bekannten Rezept wegen angeblichen Arbeitsmangels abgebaut. Darüber hinaus konnte der sozialdemokratische Redner auch den Beweis erbringen, dass ein recht eingestellter Oberförster in Ostpreussen die ihm unterstellten Forstarbeiter gezwungen hat, sich für das Volksbegehren einzuzeichnen.

Gegen die Forderung nach höheren Löhnen für die Forstarbeiter wandte sich natürlich insbesondere der Vertreter der Deutschnationalen Fraktion Graf von Garnier, der durch Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfennig schon die ganze deutsche Waldwirtschaft und vor allem den privaten Forstbesitz gefährdet sah. Landwirtschaftsminister Dr. Steiger konnte feststellen, dass der Reichsarbeitsminister einen Schiedsspruch gefällt hat, gegen den auch der Finanzminister keinen Einspruch erhoben hat. Der geringere Reinertrag der Forstverwaltung im letzten Jahr erkläre sich aus der Einengung der Bautätigkeit. Fast alle Redner der bürgerlichen Parteien wandten sich deshalb auch gegen die Einfuhr von Holz aus fremden Ländern.

Weiterberatung des Forstetatats Donnerstag, den 23. Januar. Ausserdem stehen auf der Tagesordnung kleinere Eingemeindungsvorlagen, Abkommen über die Beteiligung des Reiches an der Preussenkasse, Bericht des Unterrichtsausschusses über die neue pädagogische Akademie usw.

Aus aller Welt

Falsche Dollars über Europa.

Fischers Garagen - Vom armen Einwanderer zum Gentlemanverbrecher - Papierquelle Amerika?

SPD. Das Auftauchen der gefälschten Hundertdollarnoten bildet das Berliner Tagesgespräch. Es ist bisher noch nicht gelungen, die Fälscher oder ihre Werkstatt ausfindig zu machen. Nach den bisherigen Ermittlungen der Deutschen Bank sind bei ihr 34 000 falsche Dollarnoten festgestellt worden. Tatsächlich befindet sich eine viel grössere Zahl von Falschnoten im Umlauf. Aus allen möglichen Teilen Europas treffen Berichte über das Erscheinen dieser Dollar ein; so wurde ein grösserer Posten Falschdollars u.a. auch bei einer Leipziger Bank entdeckt.

In Amerika sind die Fälschungen bereits seit 1928 bekannt, jedoch liess sich eine lange Zeit nichts weiter als der europäische Ursprung feststellen. Mit der Aufklärung der Sache selbst hatte man über ein Jahr zu tun. Das Papier der Noten ist wahrscheinlich aus Amerika gestohlen, denn es ist absolut echt. Fachmänner halten es für ausgeschlossen, dass man es so gut falschen könnte. Auch das Wasserzeichen ist echt und nicht der bei Notenfälschern sonst übliche Oelaufdruck. Angesichts der Vollkommenheit der Fälschung dachte man anfangs, dass die Herstellung mit einem echten Klischee durch die Untreue von Beamten der amerikanischen Notendruckerei erfolgte. Diese Vermutung liess sich jedoch nicht aufrecht erhalten, nachdem gewiegte Fachleute mit feinsten Mikroskopen gewisse Druckabweichungen herausgefunden hatten.

Fischer-Voigt, der nach wie vor im Hauptverdacht steht, will nach seiner damaligen Angabe am 23. Dezember 1929 Berlin mit dem Reiseziel Paris verlassen haben, an demselben Tag also, an dem die New Yorker Federal Reserve Bank die erste Meldung von den bei ihr eingelaufenen 5 000 Falschdollar an die Deutsche Bank in Berlin gab. Fischer ist der Typ des Gentleman-Verbrechers, der von angenehmem Aeusseren und gewinnenden Manieren sein soll und bereits zahlreiche Berufe vom Anstreicher bis zum Organisator und endlich bis zum vollendeten Falschgeldhändler mit mehr oder weniger Glück absolvierte. Anfang 1929 ist er aus Russland, wo er in der kommunistischen Bewegung eine Rolle spielte, nach Berlin gekommen. Er lebte in der ersten Zeit in ziemlich ärmlichen Verhältnissen, fiel aber bald durch grosse Geldausgaben auf. Im Oktober 1929 setzte er sich mit mehreren Berliner Kaufleuten in Verbindung, die er u.a. für ein Garagenproblem zu interessieren versuchte, für dessen Bau er die erforderlichen Kapitalien zur Verfügung haben wollte. Seine Finanzleute sollten zwei Russen sein, die über grosse Bargelder verfügen würden. Tatsächlich muss heute angenommen werden, dass diese Finanzleute die Hersteller und Verbreiter der amerikanischen Hundertdollarnoten waren.

Das mit der Dollaraffäre in Verbindung gebrachte Bankhaus Sass & Martini besitzt übrigens überhaupt nur zwei Kunden und hat ausser den Dollareinwechslungen überhaupt noch keine Geschäfte getätigt. Die beiden Kunden sind ein Herr Dr. Necker, Chefredakteur des "Wirtschaftlichen Ratgebers" und der Dollarschwindler Franz Fischer-Voigt. Dr. Necker soll Franz Voigt, den er durch die früheren kommunistischen Stadtverordneten Roth kennen gelernt hat, bei Sass & Martini eingeführt haben.

+ + +

Ein wild gewordenes Zollamt? Von einem Kölner Tabakimporteur wurden vor einigen Tagen etwa 250 000 Kilogramm Virginiatabak in 5000 Kisten über Mainz nach Köln eingeführt. Pro Kilo Tabak verlangte die Zollbehörde 75 Mark Zoll. Die notwendige Summe konnte nicht hinterlegt werden, der Importeur wurde vielmehr flüchtig, und nun lag die ganze Tabakmenge in zehn Waggons verladen bei einem Kölner Spediteur. Das Naheliegende wäre gewesen, dass der besitzerlos gewordene Tabak versteigert worden wäre. Statt dessen liess das Hauptzollamt zunächst 1137 Kisten mit 56 850 Kilo Tabak zur Müllverwertung in Merheim schaffen, wo sie vernichtet werden sollten. Die Maschinen versagten indessen, und nun wurde der Tabak auf offenem Feld in Kiesgruben verbrannt, nachdem er vorher mit Benzin übergossen worden war. Tausende, die von dem unglaublichen Schildbürgerstreich erfahren hatten, eilten herbei und holten unter Lebensgefahr zahlreiche Kisten aus dem Feuer. An Unkosten hat die Vernichtung des Tabaks den Staat bis jetzt über 3 000 Mark gekostet.

Wette mit tödlichem Ausgang. Der 32jährige Schiffseigner Grebsch in Masschwitz bei Breslau wettete mit einer Anzahl junger Leute, dass er vier Männer auf einmal zu tragen in der Lage wäre. Die schwere Last drückte ihn auf einen Stuhl nieder, er wurde bewusstlos - und im Krankenhaus konnte nur noch sein Tod festgestellt werden. Durch die starke Belastung brach ihm vermutlich das Rückgrat.

Leichenfund nach 8 Monaten. Seit Mai 1929 wird der Sohn eines Polizeihauptkassierers in Nürnberg, der Oberrealschüler Murrmann, vermisst. Am Mittwoch morgen fand ihn ein Bäckerlehrling im Dickicht eines Waldes bei Nürnberg mit einer Schusswunde im Leib. Fahrrad, Aktentasche und ein Revolver lagen neben ihm.

Rockefeller will fliegen. der 88jährige John Rockefeller hat dieser Tage zum ersten Mal in seinem Leben ein Flugzeug bestiegen, das sich freilich nicht in die Luft erheben durfte, sondern wie ein Auto mehrere Male über den Flugplatz fuhr.

Neuorganisation der Staatsanwaltschaft. Auf einer Versammlung der Strafrechtlichen Vereinigung der Berliner Rechtsanwälte, die in Gemeinschaft mit der strafrechtlichen Vereinigung des Preussischen Richtervereins abgehalten wurde, teilte Generalstaatsanwalt Wilde mit, dass in Anbetracht der Notwendigkeit einer Umorganisation der Berliner Staatsanwaltschaften mehrere Fachdezernate geschaffen und die drei Staatsanwaltschaften zusammengelegt werden sollen. Während es bisher so gewesen ist, dass ein Staatsanwalt beispielsweise als Verwalter der Abteilung M alle Vergehen und Verbrechen der Meiers und Müllers zu bearbeiten hatte, soll jetzt durch eine Teilung der Dezernate in Spezialabteilungen eine stärkere Anpassung an die individuelle Persönlichkeit der einzelnen Beamten herbeigeführt werden, d.h. jeder soll für eine bestimmte Art von Fällen Fachmann werden. Von der Neuorganisation ist zu hoffen, dass die einzelnen Beamten der Staatsanwaltschaft nun wirklich tiefgehende Kenntnisse ihrer Materie erhalten, was nicht zuletzt auch viele Verfahren beschleunigen würde, da noch zu oft kriminalpolizeiliche Sachverständige zur Verhandlung zugezogen werden müssen. Es soll eine Uebereinstimmung der Staatsanwaltschaften in ihrem Aufbau mit dem Aufbau der Kriminalpolizei herbeigeführt werden, sodass die entsprechenden Dezernate der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft enger zusammenarbeiten können.

An Rindfleisch erstickt. Ein 41jähriger Arbeiter in Tilburg (Holland) liess sich in einem Restaurant ein Stück Rindfleisch vorsetzen und bekam plötzlich beim Essen einen Erstickungsanfall. Unter Hinzuziehung ärztlicher Hilfe wandte man künstliche Atmung an, die sich indessen als nutzlos erwies, da der Tod augenscheinlich sofort eingetreten war. Der so unerwartet Verstorbene war verheiratet.

ratet und Familienvater.

+ + +
Schmeling kämpft am 26. Juni. Schmelings Kampf um die Weltmeisterschaft gegen den Sieger des Matches Sharkey-Scott soll am 26. Juni stattfinden.

+ + +
Wie wird das Wetter? Die nächsten Tage werden unter dem Einfluss südöstlicher Luftströmung milde Temperaturen bei schwachen Winden bringen, d.h. dass sich das angenehme frühlingshafte Wetter dieser Zeit nicht wesentlich verändert wird. Im Süden und Osten Deutschlands treten leichte Nachfröste ein, häufig wird sich Nebel bilden.

+ + +
Gefängnis für Lindemann. Das Grosse Schöffengericht Berlin-Moabit verkündete in dem Strafprozess gegen Kommerzienrat Karl Lindemann und vier Mitangeklagte wegen betrügerischer Börsenmanöver mit Aktien der Brandenburgischen Holzindustrie A.G. folgendes Urteil: Kommerzienrat Karl Lindemann wird wegen Anstiftung zum Vergehen gegen das Handelsgesetzbuch wegen Betruges und anderer Delikte zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren drei Monaten Gefängnis und 14000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ausserdem wird auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren erkannt. In der Urteilsbegründung wurde Lindemann als Vampyr seines Betriebes bezeichnet, der bewusst mit seinen Kurstreibereien die auf ihn hereingefallenen Banken um eine halbe Million Mark geschädigt habe. Lindemanns Einfluss wäre auch insofern unheilvoll gewesen, als er der Verführer seiner Brüder gewesen wäre - immer nur gewissenlos an den eigenen Gewinn denkend. Nachdem Staatsanwaltschaftsrat Dr. Zimmermann die Verhaftung der drei Brüder Lindemann beantragt hatte, wurde unter grosser Bewegung im Saal Kommerzienrat Lindemann wegen Verdunklungs- und Fluchtgefahr auf der Stelle in Haft genommen, während die Verhaftung der Brüder ablehnend beschieden wurde.

+ + +
Hundert Typhusfälle in Berlin! In Gross-Berlin werden gegenwärtig etwa 100 Typhuserkrankungen verzeichnet. Die Vermutung, dass es sich um eine Epidemie handelt, bestätigt die Gesundheitsbehörde nicht, da nach ihrer Mitteilung sich in dieser Jahreszeit die Typhusfälle häufen. Es wurden alle erforderlicher Massnahmen getroffen, um Ansteckungen zu verhindern. Drei Fälle verliefen bisher tödlich.

+ + +
Verschwinden einer Hochstaplerin. Spurlos verschwunden ist die 29jährige Mathilde Walter, vielen Männern betörter Herzen und geleerter Börsen bekannt als die bildschöne Baronin Ginslowa, Marquise Uchois und Fürstin Cypriani. Vor kurzer Zeit stand sie wegen Betruges vor Gericht, da sich ein Berliner Grossindustrieller von ihr um 200 000 Mark geschädigt fühlte. Baronin Mathilde Walter wurde damals auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, weil ihr Verteidiger nachweisen konnte, dass der Industrielle das Geld bewusst für Autokäufe, Brillantenschmuck, Auslandsreisen und Sanatoriumsaufenthalt zur Verfügung gestellt hatte, nicht aber als Darlehen, wie er nachher behauptete. Nachdem Hilde Walter aus der Haft entlassen worden war, liefen bei der Staatsanwaltschaft neue Betrugs- und Urkundenfälschungsanzeigen ein, die eine grössere Zahl polizeilicher Vernehmungen, zu denen sie stets pünktlich erschien, notwendig machten. Indessen ist sie seit einiger Zeit spurlos verschwunden und unauffindbar. Flucht ins Ausland ist unwahrscheinlich, da der Reisepass ihr abgenommen worden ist. Man rechnet bereits mit ihrem Freitod aus Furcht vor der diesmal zu erwartenden hohen Strafe,

+ + +
Schlaganfall der Wirtschafterin Neumann. Die in der Mordaffäre Rosen verwickelte Wirtschafterin Neumann in Breslau erlitt am Mittwoch mittag einen Schlaganfall, der sie linksseitig lähmte. Die Staatsanwaltschaft hat sofort Antrag auf Haftentlassung gestellt.

+ + +

Mit Pfeffer gegen den Onkel. Anlässlich der Generalversammlung der Aktiengesellschaft Frank Rijdsdijsks Industrielle Unternehmungen in Rotterdam kam es innerhalb der Direktorenfamilie Simons zu einem offenen Konflikt, in dessen Verlauf der Neffe des Unterdirektors Siegfried Simons eine Tüte mit Pfeffer ergriff und diese seinem Onkel ins Gesicht schlug. Der unerwartet Angegriffene war zunächst total erblindet und musste in eine Augenklinik gebracht werden, während der Neffe sich aus dem Staube machte und erst nach mehreren Stunden im Haag verhaftet werden konnte. Die Generalversammlung wurde sofort vertagt. In der Klinik hofft man, die Augen des Direktors S. Simons wieder heilen zu können.

+ + +
Stambuls Feuersaison. Der Winter bedeutet für Stambul wie bisher noch in jedem Jahre die Saison der grossen Brände. Die Bevölkerung heizt in den - aus Furcht vor den Erdbeben - meist aus Holz gebauten Häusern in recht primitiver Weise an offenen Feuerstellen und vielfach auch in den sogenannten Mangalen, auf Dreifüsse gestellten offenen kleinen Feuerkesseln. Die Brandgefahr ist daher unvergleichlich grösser als irgendwo in Europa. Im Dezember hatte Stambul jeden Tag einen grösseren Brand zu verzeichnen. Im Januar haben sich mehrere Brände ereignet, die ganze Häuserblocks vernichtet haben. Die Löscharbeiten der gewöhnlich promot auf der Brandstelle erscheinenden Feuerwehr sind dadurch ausserordentlich gehindert, dass die in der Hand einer ausländischen Konzessionsgesellschaft befindliche Wasserversorgung der Stadt nicht funktioniert und gewöhnlich erst nach stundenlangen Bemühungen Wasser zum Löschen herbeigeführt werden kann. - Dieselbe Saison der Brände herrscht natürlich auch in der Provinz, wo erst in diesen Tagen bei einem grossen Brand in Afion sechs Menschen ums Leben gekommen sind.

+ + +
Kretas Hauptstadt vernichtet. Tanea, die Hauptstadt von Kreta, wurde durch eine Feuersbrunst in Schutt und Asche gelegt. Der Schaden wird auf mehr als zehn Millionen Franken beziffert.

+ + +
Die Düsseldorfer Mordverfolgung. Kriminalrat Momberg, der Leiter der Untersuchung der Düsseldorfer Mordfälle, teilt mit, dass man in der Verfolgung des Düsseldorfer Mörders nunmehr einer Anzahl von Spuren nachgehe, auf die die Polizei sehr viel Hoffnung setze. Es läge kein Grund zur Annahme vor, dass man bald auf den sogenannten "toten Punkt" stossen würde. Während die Berliner Kriminalbeamten Gennat und Busdorf nach Berlin zurückgekehrt sind, arbeiten Kommissar Braschwitz und Kriminalrat Schneider noch in Düsseldorf. Für die nächsten Tage stehen wichtige Vernehmungen bevor, von deren Ergebnis viel abhängen kann.

+ + +
Ermordeter Diamantenhändler im Blechkoffer. Der reiche Diamantenhändler Nimchand Chaganlal in Bombay verliess kürzlich mit einem Paket wertvoller Diamanten sein Haus, ohne es jemals wieder zu betreten. Nunmehr fand man seine Leiche, von vier Schüssen durchbohrt, in einem Blechkoffer, der in der Fundstelle für verlorenes Gepäck in einer 450 Kilometer von Bombay entfernten Station abgegeben worden ist. Ein Mohammedaner wurde des Mordes verdächtig verhaftet da man in seinem Besitz eine Schusswaffe fand, aus der möglicherweise die tödlichen Schüsse abgegeben worden sind.



Der Kampf um Arbeit.

Eine Aktion des AfA-Bundes.

SPD. Wie für die Arbeiter so haben die fortgesetzten Betriebsstillegungen und -umstellungen auch für die Angestellten seit Monaten die Arbeitsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt. Die Arbeitslosennot bedroht heute nicht nur die älteren Angestellten, sondern die gesamte Angestelltenschaft. Die Zahl der arbeitslosen Angestellten, die im Dezember 1928: 186 428 betrug, stieg bis zum November des vergangenen Jahres auf 238 013. In der Krisenfürsorge wurden im November rund 37 000 Angestellte unterstützt; viele Tausende von Angestellten sind bereits ausgesteuert. In der Reservearmee der Arbeitslosen stellen die Angestellten ein erschreckend starkes Kontingent. Der AfA-Bund, die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten, hat deshalb zum Schutze der Angestellten eine Aktion unternommen. Seine Hauptforderungen sind: Meldepflicht, Benützungszwang, Abkehrgehalt und Vorschriften zur Einschränkung der Zahl der Doppelverdiener.

Die Betriebe des öffentlichen und privaten Rechts haben nach den Vorschlägen des AfA-Bundes alle freiwerdenden Stellen für Angestellte bei einem öffentlichen oder sonstigen nicht gewerbsmässigen Arbeitsnachweis binnen einer Woche nach der Kündigung anzumelden. Sie sollen noch Besetzung einer Stelle Namen, Alter und Familienstand des Angestellten dem Nachweis des Arbeitsamtes, bei dem die offene Stelle gemeldet war, binnen drei Tagen mitteilen. Freigewordene Stellen sind nur mit solchen Bewerbern zu besetzen, die der Arbeitgeber aus der Zahl der ihm zugewiesenen Arbeitsuchenden ausgewählt hat. Wird die Einstellung abgelehnt, dann entscheidet das zuständige Arbeitsgericht. Erfolgt Einstellung, dann gilt der Arbeitsvertrag als abgeschlossen. Eine Ablehnung der Einstellung darf nicht im Hinblick auf Alter oder Familienstand erfolgen.

Um der Willkür bei Kündigungen von Angestellten vorzubeugen, fordert der AfA-Bund ein Abkehrgehalt, das nach der Gesamtdauer der Zugehörigkeit zum Betrieb, zur Unternehmung oder Verwaltung zu bemessen ist. Es soll bei drei Jahren Zugehörigkeit zum Betrieb ein Monatsgehalt und darüber hinaus nach je weiteren zwei Jahren ein weiteres Monatsgehalt betragen.

Die Einstellung pensionierter oder auf Wartegeld gesetzter Beamter darf nach der Forderung des AfA-Bundes nur durch den öffentlichen Arbeitsnachweis erfolgen. Pensionierte oder auf Wartegeld gesetzte Beamte, deren Bezüge aus dem Beamtenverhältnis nicht mehr als den doppelten Betrag dessen ausmachen, was sie für sich und ihre Angehörigen an Arbeitslosenunterstützung erhalten würden, sollen hinsichtlich der Einreihung und Vermittlung nicht anders behandelt werden als andere Erwerbssuchende. Soweit diese Bezüge die genannte Grenze übersteigen, soll vor der Vermittlung erst Klarheit darüber geschaffen werden, ob für den betreffenden Posten keine anderen Anwärter beim Nachweis gemeldet sind. Diese Vorschläge, womit die Belastung des Arbeitsmarktes der Angestellten durch die sogenannten Doppelverdiener, vor allem durch pensionierte oder auf Wartegeld gesetzte Beamte eingedämmt werden soll, treffen nicht die Beamten der unteren Gehaltsgruppen, die infolge ihrer geringen Pension einen Nebenerwerb ausüben müssen.

Die Forderungen des AfA-Bundes würden, wenn sie im Reichstag durchdringen,

eine wirksame Hilfe für die Arbeitslosen und Angestellten darstellen. Mit Halbheiten wie sie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der G.D.A. und die Vela (Vereinigung der leitenden Angestellten) fordern, ist den Angestellten nicht gedient. Die Vela glaubt, durch Ermässigung der Einkommens- und der Körperschaftssteuer für Gewerbebetriebe oder Erwerbsgesellschaften, die über 45 Jahre alte Angestellte beschäftigen, einen Anreiz für die Einstellung älterer Angestellten zu schaffen. Von einem Einstellungszwang will sie nichts wissen. Der DHV möchte in seinen Vorschlägen zum Schutz der älteren Angestellten Freiwilligkeit und Zwang miteinander verbinden, d.h. er will den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Er schlägt vor, paritätische Ausschüsse bei den Arbeitsämtern zu errichten, die über die Einstellung von Angestellten verfügen sollen - eine umständliche und komplizierte Sache. Seiner Forderung auf Einführung eines Abkehrgeldes sowie auf Verlängerung der Kündigungsfristen kann man zustimmen. Der G.d.G. verlangt Entschädigung an die Arbeiter und Angestellten bei Betriebsstillegung. Auch das ist nur eine Halbheit, denn es werden Tausende nicht nur durch Stillegung, sondern durch Rationalisierungsmassnahmen der verschiedensten Art abgebaut.

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat vom "Deutschen" eine sehr schlechte Zensur erhalten. Das Blatt sagt, es gebe für den Reichsarbeitsminister dringlichere Arbeiten als die Beschäftigung mit dem Abtreibungsparagraphen. Er solle sich seine Lorbeeren auf Gebieten suchen, die ihm als Arbeitsminister näher liegen. Millionen Arbeiter warteten seit langem auf kraftvolle Führung und auf kluge soziale Taten. Leider bisher vergebens. Der Reichsarbeitsminister lasse auf sozialpolitischem Gebiete die Zügel schleifen und beschäftige sich mit dem - Abtreibungsparagraphen. -

Warum denn gleich so grob?! Darf ein Minister nicht mehr in einer Frage, die nicht zu seinem Ressort gehört, gelegentlich eine Meinung äussern? Ist das etwas so Entsetzliches, dass gleich mit so scharfem Geschütz geantwortet werden muss? Dem "Deutschen" genügen Wissels Leistungen nicht, und er zieht eine Parallele zwischen ihm und Brauns. Er vergisst, das bei einem solchen Vergleich noch verschiedene Dinge, politische und wirtschaftliche Momente, berücksichtigt werden müssen, wenn man gerecht bleiben will. Im übrigen ist ja noch nicht aller Tage Abend und die Leute, denen Wissels Leistungen nicht genügen, werden sicherlich noch Gelegenheit bekommen, ihn bei sozialpolitischen Vorstössen zu Gunsten der Arbeiter und Angestellten zu unterstützen - besser zu unterstützen, als bei den Kämpfen um die Arbeitslosenversicherung während des letzten Jahres.

SPD. Die Internationale Transportarbeiterföderation hat in dem seit Monaten schwebenden Konflikt zwischen der Internationalen Schlafwagengesellschaft und ihrem Personal einen neuen Schritt unternommen. Sie hat die Regierungen der Länder, in denen die Schlafwagen der Gesellschaft verkehren, darauf aufmerksam gemacht, dass ein offener Kampf unvermeidlich werde, wenn es zu keiner Verständigung komme und sowohl nationale wie internationale Verhandlungen mit den Gewerkschaften von der Gesellschaft weiter abgelehnt werden.



Der Dorpmüllerstaat.

Vor schweren Kämpfen um Auftrags- und Tarifpolitik der Reichsbahngesellschaft

SPD. Wie die Reichsbank wurde auch die Reichsbahn durch den Dawesplan ein Staat im Staate. Sie hatte bestimmte Beiträge zu den Reparationszahlungen aufzubringen und ein ausländischer Treuhänder sicherte diese durch Ueberwachung ihrer Betriebe und ihrer Finanzen. Der Treuhänder ernannte auch den halben Verwaltungsrat. Die auf Grund des Dawesplans errichtete neue Reichsbahngesellschaft hatte mit Reichstag und Reichsrat überhaupt keine Berührungspunkte mehr. Formal aufrechterhaltene Hoheits- und Aufsichtsrechte des Reiches betrafen nur Lapalien, Baupläne, Enteignungsrechte, Genehmigung von Tarifveränderungen, Betriebssicherheit usw. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Dr. Dorpmüller ist zwar dem Verwaltungsrat, nicht aber dem Reichstag oder der Reichsregierung verantwortlich. Der dem Volk verantwortliche Reichsverkehrsminister, der grundsätzlich allein die Reichsbahn zu verwalten und zu leiten hätte, ist praktisch der Gehilfe des dem Volk nicht verantwortlichen Generaldirektors. Allmächtig ist in Wirklichkeit der Generalrat. Dieser wird aber nur zur Hälfte von der Reichsregierung ernannt, wobei nur "erfahrene Kenner des Wirtschaftslebens und Eisenbahnfachleute", aber keine Parlaments- und Regierungsmitglieder ernannt werden dürfen. Der Verwaltungsrat beruft und beseitigt evtl. den Generaldirektor und die Vorstandsmitglieder, der Verwaltungsrat allein bestimmt deren Gehälter. Der Reichspräsident hat nur ein Bestätigungsrecht.

Die Männer, die jetzt den Verwaltungsrat bilden, haben zum grossen Teil grosse materielle Interessen an ihrem Amt. Die Reichsbahn vergibt jährlich für 1500 Millionen Mark Aufträge. Davon entfallen ca. 1300 Millionen Mark an die Schwer- und die Grossindustrie. Das besagt alles. Im Generalrat selbst bestimmen aber C.F. von Siemens, Peter Klöckner, Dr. Paul Silverberg, Generaldirektor Schmitz vom Farbentrust und Generaldirektor Welker vom Hanielkonzern. Selbstverständlich stehen der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft und alle hohen Beamten in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Männern. Diese bestimmen auch entscheidend die Personal- und die Sozialpolitik der Reichsbahn. Unter den 18 Mitgliedern des Verwaltungsrats war bisher auch nicht ein einziges, das das Riesenpersonal von 700 000 Köpfen vertreten hatte oder Neigung dazu besass.

Die Entwicklung der Reichsbahn zu einem Staat im Staate war nur durch die Verknüpfung der Reichsbahn mit den Reparationen verständlich und nur auf Grund der unabwendbaren Bestimmungsgewalt der Reparationsgläubiger zu ertragen. Mit dem Youngplan haben sich die Dinge geändert. Das Reich erhält die volle - nur durch internationales Recht in der Ausführung gebundene - Souveränität gegenüber der Reichsbahn zurück. Der alleinige Eigentümer der Reichsbahn, das Reich, kann wieder über die Reichsbahn nach eigenem Ermessen verfügen.

Kommt nun aber das Reich durch die Haager Beschlüsse zu seinem Recht? Sind die Befürchtungen der Öffentlichkeit überflüssig gewesen, die entstanden, als der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in einer unverschämten Entschliessung - zu derselben Zeit versuchte Herr von Siemens ungebeten in Paris die Verhandlungen zu beeinflussen - die sofortige Zurückberufung der Gewerkschaftsvertreter aus Paris verlangte, "um die Verhandlungsfüh-

zung objektiven Vertretern der Reichsregierung ohne gewerkschaftliche Kontrolle zu überlassen"? Hat man die an niemanden abtretbare Souveränität des Reiches, d.h. die Verantwortlichkeit der Reichsbahnverwaltung gegenüber den politischen Gewalten der Republik garantiert?

Die Haager Beschlüsse konnten an der Souveränität des Reiches nicht vorbei, aber sie messen dem Reich die ihm aus eigenem Recht zustehende Souveränität zu wie einem Kinde, das von seinen Rechten keinen Gebrauch machen kann oder machen soll. Der Einfluss der hohen Eisenbahnbürokratie, die ihre Gehälter keiner öffentlichen Kritik unterziehen lassen will, und der Einfluss der Industriemächte im Verwaltungsrat waren zu gewaltig. Die hartnäckige Arbeit der Gewerkschaftsvertreter hat wenigstens die Allmacht des Verwaltungsrats hinsichtlich des Tarifvertrags-, Arbeitszeit- und des Beamtenrechts beschränkt. Aber Reichstag und Reichsrat werden auch weiterhin keinen direkten Einfluss auf den Reichsbahnbetrieb haben. Der Reichsverkehrsminister wird weder Sitz noch Stimme im Verwaltungsrat besitzen. Er darf allerdings erscheinen, man muss ihn auch anhören. Die Aufsichtsrechte des Reiches werden aber über den bisherigen Stand grundsätzlich nicht erweitert. Die Auskunftsrechte des Reichsverkehrsministers sind nur im Rahmen der Aufsichtsrechte unbeschränkt. Verfügungen allgemeiner Art des Verwaltungsrats sind dem Minister nur mitzuteilen. Das Reich hat auf die Gehaltsfestsetzung des Generaldirektors und der leitenden Beamten auch in Zukunft keinen Einfluss. Zu deren Ernennung ist nur Fühlungnahme mit der Reichsregierung und Bestätigung des Reichspräsidenten notwendig. Abberufung des Generaldirektors kann die Reichsregierung beim Verwaltungsrat nur beantragen und auch das nur bei Verletzung der Satzungen. Die Tarifhoheit liegt praktisch beim Verwaltungsrat.

So liegen nach dem neuen Statut die direkten Rechte des Reiches und des Reichsverkehrsministers, die nach der Verfassung, der Tradition und den Rechten des Eigentümers die Reichsbahn ausschliesslich zu verwalten und zu betreiben hätten. Allerdings liegen bei der Reichsbahn die Verhältnisse nicht so kritisch wie bei der Reichsbank. Es fehlt z.B. beim Verwaltungsrat der Reichsbahn die Bestimmung, dass sich - wie beim Generalrat der Reichsbank - der Verwaltungsrat durch Kooptation (Zuwahl durch den Rat selbst) ergänzt. Das Reich hat das Recht, sämtliche 18 Verwaltungsratsmitglieder zu ernennen. Dieses Recht erstreckt sich gegenwärtig praktisch auf die Neubesetzung der durch das Ausscheiden der ausländischen Mitglieder aus dem Verwaltungsrat freiwerdenden 4 Plätze. Ueber die Bedeutung dieses Rechts für das Verhältnis von Reich und Reichsbahngesellschaft braucht wohl an dieser Stelle nichts gesagt zu werden. In diesem Zusammenhang ist auch wichtig, dass im Gegensatz zu der Dawesregelung jetzt auch Reichs- und Landtagsabgeordnete und Regierungsmitglieder dem Verwaltungsrat angehören dürfen.

Es ergibt sich also die Möglichkeit, den unerträglichen Zustand, dass finanziell interessierte Kreise über Auftrags- und Tarifpolitik der Reichsbahn bestimmen, zu beseitigen. Hier werden bald Taten verlangt werden müssen. Wir dürfen uns aber nicht täuschen, dass diese Taten nur das Ergebnis schwerer politischer Kämpfe sein werden. Denn die Herren Siemens, Silverberg, Klückner, Schmitz usw., die Vertreter der deutschen Grossindustrie und des deutschen Finanzkapitals, werden selbstverständlich nicht geneigt sein, die ihnen durch den Dawesplan gewordene Macht kampflos aufzugeben.

SPD. Die Lage bei der Berliner Flugzeugfabrik Rohrbach hat sich in den letzten Tagen so weit zugespitzt, dass mit dem Konkursantrag und mit der Stilllegung des Betriebes gerechnet wird. Rohrbach selbst führt die ungünstige Entwicklung darauf zurück, dass ihm rund 200 000 Mark, die dem Betrieb aus einem Umstellungsfond zustehen, bisher vom Reichsverkehrsministerium noch nicht ausbezahlt worden sind, obwohl die gesamte deutsche Luftfahrtindustrie ihren An-

teil aus diesem Umstellungsfond bereits erhalten habe und trotzdem das Rohrbachwerk vor dem Abschluss günstiger Auslandsgeschäfte stehe.

Rohrbach hat als Konstrukteur für die Entwicklung der Flugzeugindustrie seine Verdienste. Die von ihm geschaffenen Konstruktionen (u.a. der Typ Roland) haben sich bei der Luft Hansa durchaus bewährt. Unter Druck der Finanzmisere des Reiches mussten aber die Bestellungen, d.h. die Subventionen des Reiches, auf bestimmte leistungsfähige Firmen konzentriert werden. Dazu gehören Junkers, Dornier, die Bayerischen Flugzeugwerke, Heinkel und auch, für Motore, der Siemens-Konzern, Rohrbach aber nicht. Dieser Lage war Rohrbach, dessen Ruf als genialer Konstrukteur wohl nicht zu erschüttern ist, als Kaufmann nicht gewachsen. Das Reich gab nun an Rohrbach Zuschüsse, die man von vorherin als nicht wieder zu erhalten betrachten musste. Später, als unmöglich weiter ins Blaue gewirtschaftet werden konnte, wurden an Rohrbach Kredite gewährt, die für das Reich hypothekarisch gesichert sind. Aus dem oben bereits erwähnten Umstellungsfond, der die Auftragsdrosselung gewissermassen mildern sollte und der 9 Millionen Mark insgesamt ausmachte, wurden Rohrbach durch eine unparteiische Kommission 300 000 Mark zugesprochen. Man kam aber zu dem Entschluss, diese 300 000 Mark nicht an Rohrbach auszuzahlen. Sehr wahrscheinlich hatte man sich im Reichsverkehrsministerium beizeiten überzeugt, dass das Berliner Unternehmen nicht mehr zu halten und dass es Rohrbach auch nicht gelungen war, durch Gründung einer amerikanischen Rohrbach-Corporation Hilfsmittel für den deutschen Betrieb flüssig zu machen. Das Reichsverkehrsministerium glaubte, eine weitere Hergabe von Mitteln nicht mehr verantworten zu können und gab von den erwähnten 300 000 Mark kurz vor Weihnachten nur 100 000 Mark an die Firma Rohrbach lediglich aus sozialen Gesichtspunkten, in Rücksicht auf die Arbeiterschaft. Die Entwicklung hat dem Reichsverkehrsministerium Recht gegeben. Die restlichen 200 000 Mark wären weggeworfenes Geld gewesen. Rohrbach ist nicht mehr zu halten. Das dürfte in künftigen besseren Tagen ein grosser Verlust für die Entwicklung der deutschen Flugzeugindustrie sein. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, lässt sich nichts daran ändern. Wir begreifen, wenn das Reichsministerium, wenn es die ausstehenden für Rohrbach bestimmten Geld zurückhält, um sich hinsichtlich der Reichskredite schadlos zu halten und um die reibungslose Liquidierung des Unternehmens zu sichern. Dazu gehören auch selbstverständlich die rückständigen Arbeiterlöhne und die Verpflichtung Rohrbachs gegenüber der Sozialversicherung.

Der Fall Rohrbach hat grundsätzliche Bedeutung. Er erinnert an jene Zeit in der Entwicklung der deutschen Flugzeugindustrie, wo man darauf loswirtschaftete in der sicheren Hoffnung, dass man sie nicht entbehren könnte und dass das Reich doch bestellen müsste. Das Reich hat gezeigt, dass es nicht zu bestellen braucht. Vielleicht hat diese entschlossene Einstellung des Reiches die oft verschmähten Rettungsmittel für die deutsche Flugzeugindustrie, den Serienbau und eine ganz radikale Preissenkung, auch in Kreisen der Flugzeugindustriellen schmackhafter gemacht. Wir berühren damit ein trübes Kapitel in der deutschen Flugzeugindustrie. Ausserdem ist bekannt, dass leitende Männer in der deutschen Flugzeugindustrie "ganz anständige" Gehälter beziehen. Man hat hier gewissermassen, soweit die "Leute oben" in Frage kamen, mit Reichsmitteln geasst und es kommt nicht von ungefähr, wenn der Rechnungshof den Verbrauch eines bekannten Flugzeugkonstruktors in Höhe von 400 000 Mark pro Jahr bemängelte. Das Besagte trifft gerade auf Rohrbach zu. Rohrbach täte besser, wenn er für den drohenden Konkurs nicht ausschliesslich die Einstellung des Reichsverkehrsministeriums verantwortlich macht, die wir nur korrekt finden können.

SPD. Dem Reichsernährungsministerium liegt wieder einmal eine Fülle von Vorschlägen vor, durch die man eine Besserung auf dem Roggenmarkt erzielen will. Man nimmt an, dass die neuerlichen Bestrebungen zu einem Roggengesetz führen werden.

Die Lage auf dem Roggenmarkt wird durch weitersinkende Preise charakterisiert. Die mit Hilfe und auf Anregung der Sozialdemokratie durchgeführten Roggenmassnahmen haben sich nicht im gewünschten Mass auswirken können, einmal, weil die Ueberbestände an Roggen eine Folge von Rekordernten und einer zu grossen Roggenanbaufläche sind, des anderen, weil die Preisabbröckelung auf den Futtermittelmärkten die erwünschte Umstellung vom Verbrauch ausländischer Futtergerste auf deutschen Roggen bis jetzt gehindert hat. Das sind Ursachen, zu deren Beseitigung längere Zeit erforderlich ist. Umsomehr wundert man sich, wenn man sieht, wie man dem Reichsernährungsministerium die ältesten Ladenhüter zur Beseitigung der Roggenkrise präsentiert. Man hat alte Rezepte wie den Beimahlungszwang, die Roggenpropaganda, Mehlmischungsvorschriften usw. aus dem Wust der Vergangenheit herausgesucht und glaubt damit der Landwirtschaft Hilfe bringen zu können.

Wir versprechen uns von der Mehrzahl dieser Vorschläge überhaupt nichts. Wenn der Roggen heute seine alte Bedeutung für die menschliche Ernährung verloren hat, dann liegt das an den veränderten Verhältnissen in der Ernährungswirtschaft, an der Verdrängung des Roggens durch Fleisch, Gemüse usw., die durch das stärkere Arbeitstempo bestimmt wird. Hier liegt ein Zwang vor, gegen den jede Propaganda verpufft. Wenn man aber schon Propaganda für den Roggenverbrauch machen will, dann wird gutes Roggenbrot die beste Propaganda sein. Heute legen unsere Bäcker auf die Produktion guten Roggenbrots keinen grossen Wert. Man verdient an Konditoreisachen usw., schliesslich auch an Brötchen, Schrippen und Semmeln viel mehr als am Brot. Dazu lässt man sich verleiten, schlechte Mehle, besonders schlechte Weizenmehle, für die Herstellung von Roggenbrot zu verwenden. Das kann dem Ruf des Roggenbrots nicht dienen. Wenn ein Roggengesetz hier Wandel schaffen könnte, etwa dadurch, dass die Verwendung von schlechten Mehlen für die Herstellung von Roggenbrot verboten würde, dann wäre das nur zu begrüssen.

Ausserdem ist das, was uns unsere Bäcker heute als Roggenbrot anbieten, viel zu teuer. Der Wucher wird z.B. in Berlin (und wohl auch in anderen deutschen Städten) dadurch begünstigt, dass man den Brotpreis (in Berlin 50 Pfennige für das Brot) konstant hält, während das Gewicht wechselt. Das Brot wird also verteuert, ohne dass der Käufer das am Preis merkt. Die wenigsten werden auch wissen, dass es sich hierbei um einen politischen Brotpreis handelt, der auf das Krisen- und Revolutionsjahr 1848 zurückgeht. Damals machte die Regierung dem Volke das Versprechen, das Brot in Zukunft nicht mehr zu verteuern. Der Preis wurde damals festgesetzt. Die Bäcker wucherten aber weiter, indem sie das Gewicht verringerten. So wurde das Volk damals und so wird es auch heute noch ausgewuchert und betrogen. Notwendig ist, dass der politische Brotpreis verschwindet und man endlich zum Brotverkauf nach dem Gewicht kommt. Ein Roggengesetz müsste diese Bestimmung unbedingt enthalten. Wenn die Bäcker dagegen protestieren, ist das nur selbstverständlich. Dieser Protest beweist eben, wie notwendig diese Massnahme ist.

SPD. Nach längeren Verhandlungen ist die Interessengemeinschaft der deutschen Kaliindustrie gegründet worden. Die neue Gründung wird mit einem Kapital von 300 000 Mark ausgerüstet und fasst die Verbände für Steinsalz, Dittersalz, Brom und Chormagnesium zusammen. Im Aufsichtsrat ist neben dem Wintershallkonzern und Salzdettfurth auch die Preussag vertreten.

Vermahlungszwang und Stützungskäufe.

(Berliner Börse vom 22. Januar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse übten die Meldungen über Beibehaltung des Vermahlungszwanges und Erweiterung der Stützungsmassnahmen für Roggen am Mittwoch eine prompte Wirkung aus. Da zudem vom Auslande festere Meldungen vorlagen, konnten die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte um 3 - 5 Mark anziehen. Voll behaupten konnten sich diese Preisgewinne im Verlaufe der Börse allerdings weder beim Weizen noch beim Roggen. Prompte Ware war wenig angeboten, obwohl die Käufer gegenüber der neuen Situation einige Zurückhaltung zeigten, konnten beide Brotgetreidearten am Lokomarkt 2 - 3 Mark gewinnen. Mehl hatte ruhiges Bedarfsgeschäft bei unveränderten Preisen. Dagegen war für Hafer die Stimmung merklich fester.

	<u>21. Januar</u>	<u>22. Januar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 248	247 - 250
Roggen	152 - 154	156 - 158
Braugerste	178 - 192	177 - 190
Futter- und Industrieroggen	160 - 168	157 - 165
Hafer	133 - 141	135 - 144
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,75-35,25	30,00-35,00
Roggenmehl	21,75-24,90	22,00-25,00
Weizenkleie	10,00-10,50	10,00-10,50
Roggenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 267 - 266 $\frac{1}{2}$ und Brief Mai 278 $\frac{1}{2}$ - 278 und Brief, Roggen März 179, Mai 190 $\frac{1}{2}$ - 190 $\frac{1}{4}$, Hafer März 153 $\frac{1}{2}$ - 153, Mai 163.

SPD. Als erste der grossen Reedereien veröffentlicht die Hamburg=Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft ihren Geschäftsbericht für 1929, der aus einem gegenüber dem Vorjahr wenig veränderten Reingewinn von 2,75 Millionen Mark eine Dividende von 8 % (im Vorjahr 8 %) vorsieht. Die Abschreibungen sind um etwa 1,6 Millionen auf 5 Millionen Mark herabgesetzt. Nach Angaben der Gesellschaft, die wieder mal schweres Geschütz gegen die Seeleute=Krankenversicherung auffährt, sei dadurch nur die Zahlung der alten Dividende möglich gewesen. Die Bilanz ergibt etwas anderes. Die Schulden des Unternehmens verringerten sich von 3,24 auf 2,6 Millionen Mark. Die Baudarlehen sind von 13,6 Millionen auf 8,95 Millionen Mark zurückgegangen. Andererseits ist der Posten Schuldner der Hamburg=Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft von 0,6 auf 2,78 Millionen gestiegen. Das Unternehmen konnte also eine Schuldentilgung grössten Stils durchführen. Ausserdem hat man die inneren Reserven reichlich bedacht, wie das Konto unerledigte Reisen vermuten lässt, das sich gegenüber dem Vorjahr nur um 200 000 Mark auf 11,79 Millionen Mark verringerte.

SPD. Die Mitteldeutschen Stahlwerke werden wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe von 7 % verteilen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 22. Januar 1930.

Ganja, der Stimmungsbombon.^x

SPD. Was bei uns noch immer Bockbier, Schnaps und Wein ist, das ist im Reiche der Prohibition augenblicklich ein süsser Bombon, der auf den Namen Ganja hört. Ein neues Rauschgift? Nein, ein uraltes Mittelchen, nur konzentrierter, nur raffinierter in den Handel gebracht. Ein in gewissen Gebieten seit vielen Jahrhunderten gebräuchliches Markotikum: der in der Literatur als "Hasschisch" bekannte "indische Hanf". Schon die Kreuzfahrer machten mit diesem Rauschgift unliebsame Bekanntschaft, indem nämlich ihre orientalischen Feinde vor jedem Angriff "schira" oder "kif" zu trinken pflegten und dabei recht draufgängerisch in Stimmung kamen. Grosse Teile von Asien und Afrika frönen dem Hanflaster. Ganja heisst auf indisch der weibliche Blütenstand dieser Pflanze, der in seiner verschiedensten Zubereitung dem Geniesser in Form lebhafter Halluzinationen Sonnen, Glück, Harmonien und unbeugsame Willenskraft vorgaukelt.

In Amerika geht die auf Jamaika gezogene Pflanze in grossen Bündeln unbeanstandet durch den Zoll, weil sie die Beamten als "Tee" betrachten oder auch nur deshalb so bezeichnen, weil sie selber "Ganjanesen" sind. Der Saft der Pflanze wird in den verschiedensten Drogenformen verarbeitet und genossen: als Tee, Kuchenbeigabe, Tabak und Schokoladenpraline.

Zwei Stoffe führen die Wirkung herbei: das Kannabin, das narkotisch beeinflusst, und das Kannabinon, dem die psychischen Lähmungen und Rasereien zur Last fallen. Diese Komponente ist so stark, dass bei guten Präparaten schon fünf Zehntel Gramm giftig wirken. Die furchtbarste Folge ist der Zustand der Kranken, in welchem Lebhaftigkeit, Bewegungs- und Schaffensdrang, Sehnenhüpfen und Flammensehen in Berserkerwut ausarten. Die Puritaner und Guttempler, auf deren Betreiben das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen ist, versuchten jetzt, angesichts einer schauerlichen Statistik, mit Moralpredigten abzuhelfen. Umsonst natürlich. Die Polizei erklärt ganz trocken, dass von den im abgelaufenen Jahre vorgekommenen 9000 (!) Morden ein sehr hoher Hundertsatz auf den Ganja-Genuss zurückgeführt werden müsse. Die Irrenanstalten weisen einen Prozentsatz von 79 Ganjavergifteten auf. Das ist kein Modelaster mehr; das ist eine Seuche, eine Epidemie, die den gesunden Nachwuchs gefährdet. Aus schaffensfreudigen Menschen werden Ruinen. Morphin, Kokain, Heroin, Opium fordern seit langem ihre Opfer. Alle diese Rauschgifte lassen sich jedoch nicht mit dem "Ganja-Bombon" vergleichen, der als das beliebteste Alkoholsurrogat von Apotheken und Drogerien in ungeheuren Mengen auf den Markt geworfen wird. Es ist keine Uebertreibung, wenn ein in unserm Sinne linksgerichteter Senator im Weissen Hause in einer Interpellation auf den "Ganjabombon" als den Ausdruck einer ausgesprochenen Kulturparalyse hingewiesen hat.

Selbstverständlich hat sich der Geschäftsgeist des Yankees sofort der Konjunktur bemächtigt. Auf den westindischen Inseln errichtete man Riesenplantagen, auf denen in Massen indischer Hanf gepflanzt wird. Abnehmer des Giftes sind alle Kategorien der Bevölkerung: der Künstler genau so wie der Wissenschaftler, der Sportler nicht minder als der Schwerarbeiter. Der Schauspieler, den das Lampenfieber schüttelt, lutscht hinterm Vorhang den Ganjabombon, der Boxer oder Jockey raucht vor dem Kampfe Ganjazigaretten, der Gelehrte schnupft vielleicht das Pulver, und der arme Teufel trinkt, raucht, kaut es in jeder Form,

Um sich in seinem Elend zu betäuben, und weil er annimmt, dass es ihn leistungsfähiger macht. Natürlich wird es auch als Erotikum stark begehrt. Wer die Willenskraft von Frauen lähmen und ihren Widerstand brechen will, der praktiziert den Opfern Ganja in Speise und Trank. Zahllose Selbstmorde unglücklich gewordener junger Mädchen zeugen von der teuflischen Dämonie der "Ganja-Pralinen."

Wenn man bedenkt, dass Amerika seit jeher das Land der Extravaganzen gewesen ist, dann braucht eine solche "Kulturerscheinung" jenseits des grossen Wassers noch keine unmittelbare Gefahr für unsern Kontinent zu bedeuten. Um die paar Nichtstuer und Lebemenschen, die sich auch bei uns ohnehin mit allen möglichen Rauschgiften zu versorgen wissen, wäre es ja nicht schade. Wohl aber um den Werktätigen, der, erdrückt von den auf ihm ruhenden Lasten, ohne Zweifel auch nach diesem Zaubertränklein greifen würde, wie nach einem widerlichen Fuselschnaps, der nichts als "Vergessen" lehren soll. Obendrein besitzt dieses Hanfgift, entsprechend seiner aufreizenden Eigenschaft, auch noch eine verheerende Nachwirkung. Oft erst nach 48 Stunden treten schwere seelische Depressionen im Verein mit physischen Störungen auf, die sich innerhalb kurzer Zeit - da die Dosis immer vergrössert werden muss - zu völliger Agonie und Körperlähmung steigern.

M.B.

Der Liliputaner Herkules Hinz.^x

SPD. Wissen Sie eigentlich, dass Liliputaner gehandelt werden? Noch heute gibt es Agenten, die durch die Welt streifen und kleine, allzu kleine Menschen suchen. Herkules Hinz hatte insofern Glück, als der Mann, der bei seinen armen Eltern vorsprach, kein Agent, sondern ein feiner Herr war. Was schon aus seinem Pelz hervorging. Signor Vertico erledigte alle Formalitäten bei den damals noch etwas nachsichtigeren Behörden, besänftigte die Tränen der Mutter mit einem weiteren Hundertmarkschein und galt nun, dem Gesetze nach, als der Vater des kleinen Herkules, stellte sich dem verschüchterten Kerlchen aber als Onkel Pedro vor. Mit diesem seinem feinem Onkel Pedro fuhr der kleine, plötzlich in lange Hosen gesteckte Mann direkt nach Rom, auf weichen Polstern und in bequemen Schlafwagenbetten, durch die herrliche Welt, die hinter dem Lande Tirol schon goldene Töne bekam.

Herkules gab sein Weinen, wie vorauszusehen, auf. Allmählich interessierte ihn sogar der "Mama" schreiende Teddybär als erstes Angebinde seines Adoptivvaters, und als sie am Bahnhofsaustritt von einer vornehmen Dame im seidenen Mantel erwartet würden, gingen ihm fast die Augen über. Das geschah denn noch öfter - wir wollen darüber nicht viel sagen. Jedenfalls hatte Signor Vertico den Kleinen nach vierzehn Tagen so weit, dass Herkules auf einer Bühne niedlich Athletenstangen stemmte, sich verbeugte und selbst in die Hände klatschte, damit das Publikum vor ihm es auch tat. Und wie geschah das! Signor Vertico war heilfroh, denn seine Truppe hatte kein Engagement finden können, seitdem der kleine Bôy aus Bern zum Deubel, pardon, zum lieben Gott gegangen war. Die Liliputaner erschienen dem Publikum reichlich gross; man brauchte einen Star - und als ihr Manager in Hamburg mit einem Zirkus verhandelte, war ihm in der Wexstrasse der kleine Herkules über den Weg gelaufen. Ein Junge von elf Jahren, der schon alle Anzeichen des geborenen Liliputaners trug, den zu starken Kopf und die seltenen Schultern - und mit elf Jahren, man denke, sooo klein!

Herkules Hinz war der Armut entronnen. Es erschien ihm zuweilen herrlich, in einem Restaurant auf drei Adressbüchern zu sitzen und wie ein grosser Herr vom Kellner bedient zu werden. Es erschien ihm märchenhaft, Lackschuhe und Anzüge zu tragen, die extra für ihn gemacht wurden und das Schönste waren, was es

gab. Er hatte Spielsachen, er hatte Bücher, sogar deutsche, die er lesen konnte, aber der halbe Tag gehörte der Arbeit, und die schmeckt einem Jungen, der gewohnt ist, herumzustrolchen, nicht. Schnell begriff er die Tragik seines Daseins. Wo immer er erschien, wie er sich auch als letzter der Kompanie kleiner Leute gebärdete, wie er auch von Frauen verhätschelt wurde, die kaum einen Kopf grösser waren als er und dennoch wie richtige Damen taten, dies eine Wort verfolgte ihn: "Gott, wie niedlich - ach, wie klein - das arme Wurm!" Durch alle Jahre und durch alle Länder hängte sich ihm dieser Ausruf an, und er mochte im Anfang gebetet haben: "Lieber Gott, lass mich doch noch ein grosser Mann werden!" Er mochte Nächte geweint und Tage im Winkel gesessen haben. Doch eines Tages - und da war er schon achtzehneinhalb Jahre alt - begriff er, dass er immer ein Liliputaner bleiben werde, wie die Menschen, mit denen er sein Brot und seine Arbeit und seine Freude teilte.

Ihn verfolgten Selbstmordideen. Signor Vertico war ein Mann mit Erfahrung, und der liess seine Leute, wenn ihre "Stunden" kamen - wie er es nannte -, nicht aus den Augen. Sie hatten ja alle diese Anfälle. Man müsste dann nie scheitern, sie scheinbar nicht beachten und beim leisesten Anzeichen einer Geistesverwirrung hat zupacken. Es gelang ihm, auch dem kleinen Herkules Hinz, seinem Juwel, dreiundsiebzig Zentimeter gross und neunzehn Jahre alt, das Rasiermesser wegzunehmen, auf das er traumverloren starrte - damals waren sie in New-York; und das riesige Gebilde dieser Stadt vernichtete das Herz unsres Herkules bis nahezu auf den letzten Rest. Er sass auf einem Koffer in der Garderobe, wollte nicht auftreten und wimmerte vor sich hin: "Lieber Gott, alles ist so gross, und ich, ich bin so klein!" Hinter ihm stand Signor Vertico und fürchtete sich. In fünf Minuten mussten Herkules auf der Bühne erscheinen; sonst war die ganze Vorstellung versaut; und einen schwermütigen Liliputaner zwingen - nein, nein, dann gab es ein Unglück auf der Bühne!

Der von Herkules zitierte liebe Gott hatte ein Einsehen - zunächst nur mit Signor Vertico. Zwar sandte er keinen Engel, aber doch etwas ganz Aetherisches, "Little short", wie sie sich nannte, die seit fünf Tagen engagierte Sängerin aus Milwaukee. Sie war verhältnismässig gross, aber ihre Stimme taugte was, da sie nicht gerade piepste. "Little short" schmückte sich, drehte sich um und setzte sich neben den Weinenden - nein Wimmernden, denn Tränen kannten seine Augen nicht mehr. "Darling, little Darling", konnte sie nur sagen, strich mit ihrer Hand über sein Haar, seine Augen, schlang den Arm um seinen Hals - und Herkules erholte sich zusehends. Er muss wohl in diesem Augenblicke zum Manne geworden sein. Jedenfalls küsste er ihre Hand, trat auf und wurde mehr als je beklatscht. Und die Blumen, die Vertico vorsorglich bestellt hatte, brachte der kleine Hinz noch am gleichen Abend, als alles schon am Ausgang stand, heimlich in die Garderobe von "Little short".....

Mit dem Erfolge, dass nach zwei Jahren in Southampton die Heirat stattfand, nach abermals zwei Jahren "Little short" in eine Klinik Berlins überführt werden musste, um einem Kinde das Leben zu schenken - und ihres dafür zu geben. Der Knabe wog nahezu vier Pfund, den sie unter Qualen zur Welt brachte. Er lebte wirklich, und das ist das Erstaunliche. Kummervoll, schmal und müde fuhr Herkules weiter durch die Welt, alle Funktionen einer Mutter erfüllend, und nie zu bewegen, den Knaben einer Pflegemutter zu geben, ausser für die Stunden seiner Arbeit. Damals, in New York, muss der liebe Gott wohl doch ein Einsehen mit dem Hadern gehabt haben. Er versuchte jetzt wenigstens, das erste Unrecht gutzumachen: der Knabe wuchs und gedieh; er lief mit einem Jahre; wie Jahre alt pruzelte er drollig über die Bühnen - und mit zehn Jahren war er, gegen seinen Vater, nahezu ein Mann! Er wurde, zum glücklichen Staunen der ganzen Truppe, auch wirklich einer. Er wuchs ihnen allen über den Kopf. Während Signor Vertico kinderlos alterte und die schöne Frau von einst längst zu Grabe getragen hatte, konnte Bobby, der Adopticenkler, ihn schon bei Verhandlungen als kaum Erwachsener vertreten, führte seine Bücher und die Korrespondenz in allen Sprachen, die die Truppe sprach, und kommandierte seinen Vater, als sei er sein Sohn. Ein König war geboren, und ihm

dienten alle in abgöttischer Liebe. Er konnte launisch und grob sein; er konnte sie in die entferntesten Weltgegenden engagieren lassen - sie folgten ihm.

Signor Certico hinterliess ein grosses Vermögen mit der Bestimmung, eine Stadt der Zwerge zu gründen, in der sie alle ausgebildet und erzogen, ja, wie Kinder aufgenommen werden sollten, und er machte Mister Bob zu seinem Sachwalter und die Mitglieder seiner nun auch schon grauhaarig werdenden Truppe zu Leitern der notwendigen Ressorts dieser Stadt, zu Lehrern und Baumeistern, zu Schriftführern und Beratern. Die Liliput-Stadt wurde nach seinem Wunsche gebaut. Bob gründete sie und stellte eine neue Truppe zusammen, mit der er die ganze Welt entzückte, und sein Vater sitzt heute in einem niedlichen Rathaus auf der Vergnügunginsel Coney Island in Amerika als oberster Stadtvater der Liliputener, verehrt und geschätzt und immer wieder auf den Sitz des Vertrauens seiner Mitzwerge gewählt.....

Walter Anatole Persich..

Ein neues Gesellschaftsspiel.

SPD. Es gibt ein schönes Gesellschaftsspiel, das du heisst: "Mensch, ärgere dich nicht!" Ich habe es aktualisiert und empfehle es einem geneigten Kaufpublikum. Zu dem Spiel gehören ein Spielplan, vier Steine, ein Würfel. Jeder der Spieler setzt fünf Marken ein. Es gilt, durch die Fährnisse der deutschen Politik hindurchzugelangen. Nun geht's los!

Nr.5: Schacht hat ein neues, katastrophales Memorandum losgelassen. Der politische Himmel verdüstert sich, und der Spieler muss noch einmal von vorn anfangen. Zurück zum Ausgangspunkt!

Nr.6: Aus der Deutschnationalen Volkspartei erfolgen neue Austritte. Die politische Situation klärt sich dadurch ein wenig auf, und der Spieler darf drei Felder vorrücken.

Nr.11: In einem Freistaat wird ein Nationalsozialist Innenminister. Der Spieler schämt sich und flüchtet zurück auf die 2.

Nr.14: Ein Kommunist mordet einen Hittlermann. Der Spieler kommt vor Gericht und muss fünf Marken Strafe zahlen.

Nr.16: Ein Hitlermann mordet einen Kommunisten. Der Spieler kommt vor dasselbe Gericht, wird aber diesmal nur in eine Strafe von 2 Marken genommen.

Nr.20: Demokraten unterstützen in Württemberg den Bürgerblock. Der Spieler gerät bei der Wählerschaft in Misskredit und wird fünfmal beim Würfeln übersprungen.

Nr.23: Die Haager Konferenz hat zu einer Einigung geführt. Dem Spieler eröffnen sich bessere Aussichten für die Zukunft, und er rückt auf die 29 vor.

Nr.27: Die Reichsbank sabotiert eine Stadtanleihe. Der Spieler weiss sich nicht mehr zu helfen und scheidet aus dem Spiele aus.

Nr.30: In der Koalitionsregierung geraten bei einer sozialpolitischen Frage die Minister Wissell und Guerard gegeneinander. Der Spieler ergreift die Partei Wissells, was sich als richtig herausstellt und ihn auf die 33 vorwärtsbringt.

Nr.34: Der Stahlhelm wendet sich mit einer Petition, die selbstverständlich keinerlei Beachtung findet, an den Reichspräsidenten. Der Spieler wird viermal übergangen.

Nr.37: In dem Tscherwonzenfälscherprozess zeigen sich deutsche Rechtskreise verstrickt. Der Spieler darf drei Marken aus der Kasse in seine Tasche stecken. Er setzt sich dadurch jedoch vor der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht und muss auf die 31 zurück.

Nr.41: Das Republikenschutzgesetz kommt unter Dach. Die Gesundung des öffentlichen Lebens schreitet schnell fort. Der Spieler darf dreimal hintereinander trudeln.

Nr.45: Die Finanzreform zieht sich endlos hin. Der Spieler darf sich vier Runden lang nicht von der Stelle rühren.

Nr.50: Neue Reichstagswahlen bringen schwere bürgerliche und kommunistische Verluste. Der Spieler hat die Partie gewonnen.

Drago.

Schöne Bescherung.

SPD. Bei der Schönheitskonkurrenz im Hotel Kaiserhof in Berlin wurde eine achtzehnjährige Schauspielschülerin, ein hübscher "deutscher Typ", zur "Miss Germany" erwählt.

Achtzehnhundertdreissig Mädchen
Treten an und zeigen sich:
Blonde, schwarze, rote Gretchen,
Vormassierte, schlanke Mädchen,
Und Gesichtern lächeln: Ich.

Ich bin wirklich wertbeständig,
Ich bin schöner als der Lenz,
Ich massier' mich eigenhändig,
Ich bin durchaus temp'ramentig,
Ich bin ohne Konkurrenz.

Achtzehnhundertdreissig Blicke
Sprühen dies den Richtern zu,
Köpfchen machen nicke-nicke,
Beifall klatscht im Saal die Clique,
Und die Jazz spielt: I love you.

Schönheit lässt sich schwer beweisen.
Worauf liegt das Hauptgewicht?
Soll man weiche Züge preisen,
Oder Straffheit wie aus Eisen,
Rassenreinheit oder nicht?

Sieht man Schönheit nur von aussen,
Dann sind gar zu viele schön.
Schönheit gibt es bei Banausen
Und beim Städter, der voll Flausen,
Aber innen? - Nichts zu sehn.

Unsere Zeit will keine Tiefen.
Oberflächen, die will sie.
Schön sind: die von Hautcrème triefen,
Die Nachts in Parfümen schliefen:
"Schönheit made in Germany."

Kurt Reiss.

Bakterienfresser.^x

SPD. Dem hervorragenden Pariser Bakteriologen Dr. d' Hérelles ist es auf eigenartige Weise gelungen, eine Gattung von Bazillen zu entdecken, die die merkwürdige Eigenschaft hat, andere Bazillen zu töten. Für die Behandlung infektiöser Krankheiten hat die Entdeckung dieses Ueberbazillus eine ausserordentlich grosse wissenschaftliche Bedeutung. Die Entdeckung des französischen Forschers liegt schon längere Zeit zurück. Erst jetzt wagte sich der gewissenhafte Gelehrte mit den Ergebnissen seiner Forschungen an die Oeffentlichkeit, da er lange Zeit der Ansicht war, dass seinen Beobachtungen irgendein Irrtum zugrunde läge. Die neuentdeckte Bakterie ist eine Art von Parasit unter den Bakterien, der nur in Anwesenheit und Nachbarschaft anderer Bakterien zu leben vermag, indem er diese nicht leben lässt. Er ist ein Kannibale unter seinesgleichen, der seine Artgenossen mit "Haut" und "Haaren" auffrisst und sie erbarmungslos vernichtet. Durch diese unschätzbare Eigenschaft wird dieses mikroskopische Wesen, dem der Pariser Arzt den Namen "Bakterienfresser" gegeben hat, zu einem wertvollen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Infektionskrankheiten, deren Erreger und Verbreiter bekanntlich Bakterien sind.

Wie viele grosse Entdeckungen ist auch diese auf einen Zufall zurückzuführen. Eines Tages hatte Dr. d' Hérelles in einem Glasröhrchen eine Ruhrbazillenkultur angelegt. Als der Forscher am nächsten Tage das Glasrohr mit den Ruhrbazillen aus dem Brutkasten nahm, stellte er zu seiner Verwunderung fest, dass die Mikroben aus dem Glasrohre verschwunden waren. D' Hérelles konnte sich seine Beobachtung nicht anders erklären, als dass er bei dem Experiment irgendeinen Fehler gemacht hätte. Er goss ein kleines Quantum der Flüssigkeit aus dem ersten Glasröhrchen in ein zweites Glasrohr, das eine Unmenge von Ruhrbazillen enthielt. Die Ueberraschung war für ihn unbeschreiblich, als er schon nach kurzer Zeit in dem Glasrohr Nummer 2 keine Spur von Ruhr-Erregern mehr feststellen konnte. Der Uermüdliche wiederholte das Experiment einige hundert Male und musste jedesmal feststellen, dass selbst die stark verdünnte Flüssigkeit aus der ersten Bakterienkultur, eine tödliche Wirkung auf Mikroben ausübte.

Das überraschende Ergebnis dieser Untersuchungen liess nur eine einzige Erklärung zu. In dem ersten Glasrohr musste irgendein winziges, selbst durchs Mikroskop nicht sichtbares Wesen stecken. Ein Bakterium, das die anderen auffrisst. Weitere Versuche haben das Ergebnis dieser Beobachtungen bestätigt und zugleich den Beweis geliefert, dass der neuentdeckte Bazillus ein geschworener Todfeind der Typhus-, Cholera- und Pestbazillen sei. Versuchsimpfungen an Tieren hatten die glänzendsten Resultate. Die praktische Verwertung dieser Entdeckung wird gegenwärtig im Pasteur-Institut zu Paris von hervorragenden Forschern nachgeprüft.

SPD. Amsel-Tage.^x Am 30. und 31. Januar und am 1. Februar feiert man in Oberitalien, in der Gegend von Brescia, die "Amsel-Tage". Der Brauch geht auf eine alte Sage zurück. Einmal soll ein so strenger Winter gewesen sein, dass hunderte von Menschen im Laufe von drei Tagen starben. Die Amseln, die bis dahin weiss wie Schnee waren, flüchteten, um nicht zu erfrieren, in die Kamine der Häuser. Als sie wieder herauskamen, waren sie schwarz und sind es bis auf den heutigen Tag geblieben.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

14)

Neuntes Kapitel.

SPD. Die Wache war abgelöst worden; Cook und MacKay stunden Posten. An der Quelle sass der Sergeant, mit dem Rücken an einen Baum gelehnt; ihm gegenüber lagen und räkelten sich Hale, Morelli und Abelson; er hatte zu ihnen gesprochen, nun waren sie alle still.

Hale rollte sich von der Seite auf den Bauch, um den Sergeanten besser sehen zu können.

"Sie wollen Vorschläge haben, Herr Sergeant.... Aber, verdamme ich, wenn da nur was vorzuschlagen wäre! Sie haben uns alles gesagt.... und da sind wir nun. Na, mit allen schuldigen Respekt - das haben wir vorher auch gewusst.... Was Sie da also erzählt haben, ist fraglos richtig.... und hier sitzt einer, der gleich zum Losen zu haben ist." Damit verbarg er den Kopf in den gekreuzten Armen.

"Ganz meine Ansicht", sagte Morelli, "es ist die einzige Möglichkeit... Wir müssen etwas versuchen... also los damit."

Abelson hatte die Knie unter das Kinn hochgezogen.

"Vermutlich ist es richtig", meinte er nach einer Pause, "nur können sich die beiden, auf die das Los fällt, ebensogut eine Kugel vor den Kopf schiessen als abmarschieren....."

"Kaum", erwiderte der Sergeant, "eine Chance besteht schon.... gross ist sie allerdings nicht. Aber immerhin ist sie vorhanden....."

"Na ja", grunzte Abelson voller Zweifel, "aber so, wie ich es sehe - passen Sie mal auf: wenn Sie den Punkt, wo wir sind und seine Entfernung bis zum Fluss richtig bestimmt haben, und wenn die beiden auch durchkommen.... was ist denn dann, wenn sie da sind? Warum soll denn überhaupt jemand da drüben sein.... Engländer, meine ich?.... Wir wissen doch jedenfalls gar nichts davon... Vielleicht stossen sie auch auf die Türken.... warum denn nicht? Oder auf Araberbanden.... Oder vielleicht ist eben niemand da.... Und was dann? Wie?"

"Alles Einbildungen, Abelson". Die Worte klangen scharf. "Es muss sein.... und es existieren Möglichkeiten.... Sollen wir hier vielleicht verfaulen.... oder einzeln abgeschossen werden? Was sollten wir denn sonst tun? Ich habe euch alles gesagt, was ich weiss und was ich vorschlage.... Das wäre gar nicht nötig gewesen.... Aber ich habe es getan, weil wir gemeinsam in dieser Patsche stecken und auf irgendeine Weise herauskommen müssen. Ich habe um Gegenvorschläge gebeten.... und will sie gerne in Betracht ziehen... aber ich wünsche kein Gejammer zu hören.... und werde es nicht anhören.... Also: hat jemand einen anderen Vorschlag?"

Abelson starrte auf seine Knie und sagte zögernd, mit unterdrückter Stimme: "Wenn nun die Hunde uns von hinten angreifen... Warum attackieren wir denn nicht.... Sie sagten doch selbst, es könnten nur wenig sein...."

"Ausgezeichnet", entgegnete der Sergeant schnell, "nichts ist uns lieber... Wie sollen wir das anfangen?"

Abelson schwieg.

"Also bitte, sagen Sie es uns. Wie sollen wir das anfangen?"

"Das müssen Sie uns sagen", murmelte Abelson.

"So? Na, ich habe keine Ahnung". Der Sergeant sprach mit heller Stimme, die klang, als bohre sie kleine Löcher in die schwere, mondgetränkte Luft. "Glauben Sie wirklich, dass ich daran nicht auch gedacht habe? Was? Und Bell da drüben... und Pearson und Brown dort drüben.... Sie sagen, es sind nur ein paar... und haben recht damit.... aber wo sind sie?.... Noch in Schussweite? In Deckung, meinen Sie.... gewiss, aber wo ist unsere Deckung, während wir uns ihnen zu nähern versuchen?.... Und dann: sie wollen ja, dass wir rauskommen, damit sie wissen

wieviel wir sind....Dann haben die beiden auch keine Aussicht, meinen Sie.... Vielleicht....Aber wenn sie abgeschossen werden,dann nicht von unseren lieben Feinden,denn die sind da drüben." Er deutete nach Westen. "Wer sich von hier entfernt,muss den anderen Weg gehen.....Denn unsere Gegner sind nicht abgerückt, das müssten die Posten bemerkt haben,und wir hätten auch einen oder den anderen bekommen...Wenn die beiden abmarschieren,dann decken alle anderen die Richtung nach dem Westen...."

"Nein,Abelson", fuhr er langsamer fort, Ihr Vorschlag taugt nichts. Wir müssen losen...morgen, und in der folgenden Nacht brechen die zwei auf,die es getroffen hat....."

"Und dabei bleibt es", warf Hale ein. "Friss es 'runter,Israel,und wenn du widersprechen musst,behalt es für dich! Wie wär's mit 'n bisschen Musik, Herr Sergeant....Wir liegen alle 'rum wie die betäubten Lohgerber....Fein sehen wir aus.....Vergnügt wie vier alte Schachteln auf dem Jungfernball....."

Dann begann er leise zu summen:

Lass mich nach der Heimat ziehen,
Fern hin übers weite Meer,
Will nicht der Linie bleiben;
Wo der Kampf tobt ringsumher.
Lass mich nach der Heimat ziehen.
Wo der Türke mich nicht fängt,
Lass mich nur dem Tod entfliehen;
Da mich's nach der Heimat drängt.

Los, ihr Trauermonde! Im Chor, bitte! Alle zusammen!"

Die ersten Zeilen sang der Sergeant allein mit,dann fiel Morelli ein,und bei der traurigen Schlusskadenz erhob Abelson seine Stimme in erstaunliche Höhe.

Das gezogene Hei-ei-mat war kaum verklungen,als der Sergeant mit seinem schönen und tiefen Bariton,der nicht gross,aber gepflegt und musikalisch war, anfang:

"Einen Kuss, sei gescheit,
Du liebliche Maid!
Es war ein Traum zum Entzücken..."

Sogleich fielen alle ein, und die sehnsüchtig sinnlichen Töne des schwülen Walzers schwebten klagend durch die Bäume und erstarben in fernem,leisem Widerhall.

Niemand übertrifft an Sentimentalität den jüdischen Soldaten; Abelson stand auf und begann mit rauher Stimme "Anni Laurie...." Mit zurückgeworfenem Kopf stand er im Mondlicht, das mit weichem Schimmer über sein wildes Gesicht mit den schweren Kinnbacken,dem schiefen Mund und der Satyrnase floss.

Alle Strophen wurden durchgesungen; dann folgte eine kurze Pause,bis Hale sagte: "Entzückend, Entzückend. Jetzt will ich mal etwas aus meinem Repertoire zum besten geben." Er sang das alte Lied von den Pfarrerstöchtern,und alle brüllten sämtliche zwanzig Strophen mit,bis sie am Ende und selig waren.

Morelli sprang mit einem Satz auf die Füße.Noch lag der Schatten seines Jonastumes auf seinem breiten,stumpfnasigen Gesicht,aber hinter und über ihm glomm bereits wieder ein Lächeln auf. "Platz für Besseres,London",sagte er zu Hale, "lass dich von deinem Onkel etwas lehren,und halt dich im Hintergrund." Dann hub er an:

"Sie war arm,doch war sie ehrlich,
Opfer eines reichen Mann's...."

und tanzte dazu.Die anderen nahmen den Rhythmus auf,sangen mit ihm und markierten den Takt mit leisem Händeklatschen;sie sahen einen Morelli,den sie nicht kannten,nämlich Morel,von Morel und Moree,Tanzspezialisten.Er tanzte das Lied,war das arme und anständige Mädchen in allen ihren schrecklichen Abenteuern,verkörperte den reichen Mann,einen Offizier,die alten Eltern.Sein Ausdruck lag in den Füßen u.in seinem schlanken Körper,der sich bald weibhaft ringelte,bald mannhaft aufblies,bald stolz erschien.... (Fortsetzung folgt)